

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Beitrag 3,97 M. einschließlich 60 Pf.
Zustellung und 72 Pf. Beiliegende
führen. Einzelabonnements 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Durchschnittsporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die stündliche Millimetergröße 60 Pf.
Preisvergabe 2.- M. „Kleine An-
zeigen“ das fertige Blatt 20 Pf.
täglich zwei fertige Blatt 40 Pf.
weitere Blatt 10 Pf. - Inhalt lt. Tarif.
Blatt über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
größe 10 Pf. Familienanzeigen Milli-
metergröße 16 Pf. Anzeigenannahme
im Druckgeschäft: Lindenstraße 4.
Wochentäglich von 8^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernstr. 23a/23b (A 7) 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37 536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. Disch.-Ges., Postkont., Jerusalemstr. 65/66.

Schafft Arbeit!

Ernste Forderung der freien Gewerkschaften. — Außerordentlicher Gewerkschaftskongress wird einberufen.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes hat gestern einstimmig beschlossen,
einen Außerordentlichen Gewerkschaftskong-
ress einzuberufen, der Reichsregierung und Öffentlichkeit
aufruft zum entschlossenen Handeln, um der furchtbaren
Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die Verhandlungen des
Ausschusses waren von tiefstem Ernst getragen.

Einmütig faßte der Bundesausschuss seine Meinung über
die gegenwärtige Lage zusammen in folgender

Entschliebung:

Die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und
Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volks-
massen unerhörte Opfer aufgelegt, der Wirtschaft aber keine Ent-
lastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist
das Arbeitslosenzahl auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die
gewalttätige Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen be-
wirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und
führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion,
zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Ver-
elendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel,
während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den
Abfah ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung,
den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem

Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik
entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um
durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltung-
skosten sanken aber nur um 5 Proz.

Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ zustande, die nach dem
feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu ent-
sprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung
den Schlußstrich unter die Deflationsperiode zieht. Der offensichtliche
Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der
Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich
wirksame Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erlanten an ihre mannigfachen Vorschläge,
die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-,
Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durch-
führung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Besonders ist
von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften
nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit
(40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Er-
mächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die
Beseitigung der Überarbeit und die ernsthafteste
Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern
nur den entschlossenen Willen der Reichsregie-
rung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit,
der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik
entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht
dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen
internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in
der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine
Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unerwartbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben
die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in An-
griff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen
keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notver-
ordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren
für die Währung abgetan werden.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernstlicher Zusammen-
arbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und
der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen
Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von
Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeits-
losigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Ver-
trauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande
wiederherstellen.

Den Bericht über die Verhandlungen des Bundesausschusses
geben wir an anderer Stelle des Blattes.

Lavals Sturz.

Linke Senatsmehrheit gegen rechte Kammermehrheit

Paris, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Der Senat hat am Dienstagmittag um
15 Uhr die Regierung Laval gestürzt, in-
dem er sich mit 157 gegen 134 Stimmen weigerte,
dem mit der Stellung der Vertrauensfrage ver-
bundenen Antrag des Ministerpräsidenten zu ent-
sprechen und die Debatte über die Interpellation
des Senators Peyronnet bezüglich der Haltung
der Regierung zur Wahlreformvorlage zu ver-
zagen.

In der einundsechzigjährigen Geschichte der Dritten Re-
publik hat es schon viele Regierungskrisen gegeben, sicherlich
weit mehr, als das Regime an Jahren zählt; aber nur in
ganz wenigen Fällen ist ein Kabinett durch ein Votum des
Senats, des französischen Oberhauses, gestürzt worden.
Aus Gründen einer traditionellen und klugen Selbstbeschei-
dung macht der Senat von seinem Recht, eine Ministerkrise
auszulösen, nur äußerst selten Gebrauch, weil er als Hüter
des demokratischen Systems den Standpunkt vertritt, daß es
in erster Linie Aufgabe der aus der direkten Volkswahl
stammenden Deputiertenkammer ist, die Politik des
Tages zu bestimmen. Als eine Körperschaft, die aus in-
direkten Wahlen hervorgeht, pflegt der Senat im allgemeinen
nur eine Art politische und verfassungsrechtliche Oberaufsicht
auszuüben, die zwar von den Regierungen geachtet und sogar
gefürchtet wird, die sich aber für gewöhnlich nicht allzu
störend bemerkbar macht. Das Mindestwahlalter von
40 Jahren, das in der Praxis bei den meisten Senatoren eher
60 beträgt, verleiht dem Senat den Ruf einer gelehrten,
abgeklärten, etwas konservativen, allerdings auch halsstarrigen
Körperschaft, die man nicht überflüssigerweise reizen soll.

Es muß schon ein sehr ernster Fall vorliegen, wenn
sich diese alten Herren dazu entschließen, aus ihrer üblichen
Zurückhaltung herauszugehen und von sich aus eine Kraft-
probe mit einer Regierung zu wagen, die das Vertrauen der
eigentlichen Volksvertretung genießt. Das geschieht nur
dann, wenn der Senat die Überzeugung hat, daß die

Grundprinzipien der Demokratie in Gefahr
sind, oder daß der augenblickliche Kurs, den die Regierung
und die Mehrheit der Deputierten steuern, dem klaren
Willen des Volkes widerspricht.

Hier lag aber sowohl das eine wie das andere vor. In
zahlreichen Einzelwahlen hat das Volk klar bewiesen, daß
es einen Rück nach links wünscht. Statt dessen ist durch
die Ausbohrung Briands und durch die Beförderung Lardieus
zum Kriegsminister und Führer der französischen Ab-
rüstungsdelegation das Schwergewicht der Regierung Laval
noch weiter nach rechts verlegt worden als zuvor. Um nun
den Folgen dieser Rechtschwengung bei den kommenden Neu-
wahlen zu entgehen, hatte die Mehrheit der Kammer versucht,
kurz vor Loresschluß eine Wahlreform durchzusetzen,
von der sie sich lauter Worte versprach und die die Links-
parteien in arge Verlegenheit versetzen sollte.

Diese Wahlreform lief darauf hinaus, die Stich-
wahlen möglichst vollständig abzuschaffen und das
Prinzip der relativen Mehrheit, das aus England
sattsam bekannt ist, einzuführen. Es sollte nur dann eine
Stichwahl stattfinden, wenn kein Kandidat 25 Proz. der
Stimmen im ersten Wahlgang — anstatt der bisher erforder-
lichen 50 Proz. — erhalten würde. Obendrein wurde in diese
Reform plötzlich noch das Frauenwahlrecht hinein-
geschmuggelt, um den Sozialisten, die die stärksten Befür-
worter des Frauenwahlrechts sind, ein Schnippchen zu
schlagen und um sie von den frauenwahlrechtsfeindlichen Ka-
ndidaten zu trennen. Aber die Sozialisten trafen natürlich
nicht auf diesen Reim. Sie wären für ein ehrliches Ver-
hältniswahlrecht nach deutschem oder ähnlichem Muster jeder-
zeit zu haben gewesen, ebenso für die Gleichberechtigung der
Frauen, nicht aber für die Verhinderung des demokratischen
Mehrheitsprinzips und für die Einführung des lotterietartigen
englischen Wahlsystems. Durch die Abschaffung des zweiten
Wahlganges wollten die Rechtsparteien vor allem erreichen,
daß Radikale und Sozialisten, indem sie getrennt mar-
schierten, im ersten Wahlgang von reaktionären Kandidaten
vereint geschlagen würden. Wäre die Gesetzesvorlage uner-
warteterweise auch vom Senat angenommen worden, dann
würde sich zwar notgedrungen in den meisten Fällen das
Kartell der Rechten, ähnlich wie 1924, wieder gebildet haben

und die Reaktion wäre doch nicht auf ihre Rechnung ge-
kommen. Aber das ganze Manöver der Rechtsmehrheit war
so durchsichtig, daß von vornherein mit seiner Durchkreuzung
durch den Senat gerechnet werden mußte. Im „Vorwärts“
vom Sonnabend wurde die Annahme der Vorlage in der
Kammer als ein Pyrrhusieg bezeichnet und ihre sichere
Ablehnung durch den Senat vorausgesagt. Was man jedoch
noch nicht voraussehen konnte, das war, daß sich daraus noch
eine Regierungskrise entwickeln würde.

Ministerpräsident Laval ist ein Opfer seiner allzu
klugen Taktik geworden. Er hat in der Kammer die
Neutralität der Regierung gegenüber dem Selbst-
bestimmungsrecht der Abgeordneten in der Frage des Wahl-
systems verkündet. Er selber ist Senator und brauchte sich
daher auch bei den einzelnen Abstimmungen nicht persönlich
zu engagieren.

Aber als Gefangener einer Rechtsmehrheit
mußte er ihren Wünschen doch erheblich weiter entgegen-
kommen. Die verkündete Neutralität der Regierung wurde
immer mehr zu einer Farce. Nicht allein, daß die einzelnen
Minister, soweit sie Abgeordnete sind, restlos mit der Mehr-
heit für diese Wahlreform stimmten, auch der neue Innen-
minister Cathala leistete in entscheidenden Situationen den
Bätern des Entwurfes aktives Vorschub.

Deshalb hatte Laval damit kein Glück, als er am Mon-
tag in den Wandelgängen des Senats seine dortigen Kollegen
aussuchte und ihnen mit der Unschuldsmiene des Pontius Pi-
latus versicherte, daß ihn die ganze Angelegenheit eigentlich
nichts angehe, und daß der Senat selbstverständlich freie
Hand behalten würde. Dieses durchsichtige Doppelspiel
des Ministerpräsidenten, der die Linksmehrheit des Senats
besänftigen wollte, um danach erst recht wieder in der
Kammer das gefügige Werkzeug der Rechtsmehrheit zu sein,
löste unter den Senatoren stärkste Empörung aus. Sie waren
entschlossen, dem allzu schlaunen Kulissenschieber Laval und
seiner Rechtsmehrheit in der Kammer einen Denzettel
zu erteilen. Sie ließen sich auch durch den Hinweis nicht
davon abbringen, daß die Genfer Abrüstungs-
debatte in vollem Gange sei, und daß es für die franzö-
sischen Interessen im höchsten Grade abträglich wäre, wenn in
dieser Situation eine Regierungskrise ausbrechen würde.

Pläne zur Arbeitsbeschaffung.

Die Beratungen im Bundesausschuß des ADGB.

In seinem großzügigen Ueberblick über die bisher aufgetretenen Pläne für die Arbeitsbeschaffung wies der stellvertretende Vorsitzende des ADGB,

Wilhelm Eggert

in der gestrigen Sitzung des Bundesausschusses des ADGB nach, daß Deutschland, trotzdem es sich während des Jahres 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden im Außenhandel überaus günstig behauptet hat, sein Arbeitslosensheer auf weit über 6 Millionen wachsen sah.

Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12 Prozent im Jahre 1928 ist aber, wie Eggert weiter ausführte, auf 9 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eigenen Land, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder.

In der ersten Januarnochte 1932 waren nur noch 14,3 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes in Arbeit, gegenüber 32,3 Prozent im Jahre 1931 und 44,5 Prozent im Jahre 1930.

Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen zeitig. An der Spitze der Pläne, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollen, stand und steht die erstmalig vom Bundesausschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftstreffen erhobene Forderung nach der allgemeinen

gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche.

Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, haben aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist. Auch die Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

Eine zweite Gruppe bilden jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen sind und sinders abzuwehrenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben.

Eine dritte Gruppe bilden die Pläne für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, darunter verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadträndern anzusiedeln, ging daran aus, den Erwerbslosen durch Ueberweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 Quadratmeter je Siedler, eine Zusatzerzeugung zu schaffen. Der ADGB konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen, denn einen, wie es hieß, „krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrandbesiedlungen zu schaffen, erschien durch Vermittlung dieses Projektes nicht möglich.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung.

Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Bontrinkly stehen und sich noch im Stadium der Vorberatung befinden. Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung.

Die Aufgabe duldet keinen Aufschub. Sie wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise, in die Deutschland mit nunmehr fast 7 Millionen Erwerbslosen verstrickt ist, durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abrüstung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltpolitische Situation. Wie groß die allgemeine Unsicherheit in der Weltwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß seit der englischen Grundkrise 22 Länder sich der Verpflichtung entzogen haben, ihre Noten im Werte in Gold einzulösen, daß ferner in einer Anzahl weltwirtschaftlich bedeutender Länder die Bewirtschaftung der Devisen eingeführt worden ist, daß weiter in einer Reihe von anderen Ländern erhebliche Zollserhöhungen vorgenommen, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote durchgeführt wurden.

Der Völkerbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden,

connel in Verbindung gesetzt und mit der Drohung, bei einem Sturz des Kabinetts Laval sofort die Führung der französischen Abrüstungsdelegation niederzulegen,

dessen Zusicherung dazu erlangt hatte, sich einem Eintrage der Regierung auf Vertagung der Interpellationsdebatte nicht zu widersetzen. Allerdings war das Gerücht verbreitet, daß der radikale Senator Régnier in diesem Falle eine neue Interpellation einbringen würde, aber man schenkte diesem Gerücht keinen großen Glauben, ebensowenig wie man der Tatsache Bedeutung belegte, daß sich die Fraktion der demokratischen Linken, wie erwartet worden war, kurz vor der Sitzung gegen die Vertagung der Debatte ausgesprochen hatte.

Als die Glocke um 3 Uhr den Beginn der Sitzung ankündigte, war das Haus gefüllt. Die Tribünen waren ebenfalls bis auf den letzten Stehplatz besetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung zeigte sich, daß die Stimmung im Hause der Regierung nicht günstig war. Als Innenminister Cathala auf den Tisch des Hauses den von der Kammer angenommenen Wahlelementwurf niederlegte, entstand auf der Linken und im Zentrum ein fürchterlicher Lärm, der jedoch schnell vorüberging. Der Präsident verlas dann die Interpellation des Senators Beyronnet und stellte an die Regierung die Frage, welches Datum sie für die Debatte vorschläge. Der Ministerpräsident, durch Zurufe von der Linken gezwungen, die Tribüne zu besteigen, erklärte:

„Der Senat wird der Meinung sein, daß diese Debatte vertagt werden kann. Die Genfer Abrüstungskonferenz befindet sich mitten in der Generaldebatte und unsere Delegation wird bald gezwungen sein,

auf den Abrüstungsorschlag einer fremden Nation

(gemeint ist Deutschland) zu antworten, um die Stellung Frankreichs noch einmal zu präzisieren. Ich will der Debatte in keiner Weise ausweichen und ich werde mich über alle innenpolitischen Zwischenfälle der letzten Zeit aussprechen. Aber im Interesse des Landes halte ich es für richtig, die Diskussion bis nach dem Schluß der Generaldebatte in Genf zu vertagen. Was das Datum anbelangt,

politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung.

Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der Französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen.

eh e an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird. Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insbesondere die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Leipziger SOS-Ruf.

Leipziger sagte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesausschuß zusammen, indem die unabwendbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand. Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt.

Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden.

Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer tühnen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung bei unstrittigen Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben.

Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Krisenkongreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Klage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Rotterordnung zu Rotterordnung stieg das Elend, von jener ersten Rotterordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre erste Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Rotterordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unentgeltlich einengte. Im Juni 1931, als die zweite Rotterordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Rotterordnung Wirksamkeit und Finanzen angeht, stieg sie auf 4,7 Millionen, im März, als die vierte Rotterordnung erlassen wurde, betrug sie 5,5 Millionen, bis die vierte und, wie es hieß, letzte verhängt wurde und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden.

Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein.

Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krisenkongreß zusammenzutreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichstagler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

(Siehe auch 4. Seite.)

bin ich darüber einig...“ (Großer Lärm auf der Linken; man hört mehrmals Zwischenrufe: „Mit wem sind Sie einig?“) Laval: „Ich bin mit dem Senat, wenn er für mich stimmt, darüber einig, daß die Debatte am Freitag, dem 26. Februar, stattfindet.“ (Die Rechte klackert Beifall, die Linke lärmt und rief: „Sofortige Beratung.“)

Der radikale Senator Régnier beantragt darauf, die Debatte sofort zu beginnen. Der Präsident ließ sich mit Handaufheben über den Verlagsantrag abstimmen. Da das Ergebnis zweifelhaft war, mußte namentliche Abstimmung erfolgen. Die Beratung wurde mit 154 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Statt sich nun mit der sofortigen Beratung einverstanden zu erklären (der Präsident erteilte bereits Senator Beyronnet das Wort), erhob sich der Ministerpräsident zu einer neuen Erklärung, die sein Schicksal bestätigte. Er sagte von seinem Platz aus:

„Der Senat hat es abgelehnt, die Diskussion bis nach Schluß der Genfer Debatte zu vertagen. Morgen wird zweifellos eine fremde Nation ihren Standpunkt in der Abrüstungsfrage auseinandersetzen. Ich appelliere an das Gewissen meiner Kollegen (Oh! Oh! links, Beifall rechts) und bitte Sie darum, die Diskussion wenigstens bis Freitag, den 19. Februar aufzuschieben. Ich stelle für die Annahme dieses Antrags die Vertrauensfrage. Die Interpellation Beyronnets betrifft nur innenpolitische Zwischenfälle. Ich glaube, daß der Führer unserer Delegation in Genf heute nach mit Senator Beyronnet in telephonischer Verbindung gestanden hat (ungeheurer Lärm und Proteste links. Der Ministerpräsident wird durch Zurufe aufgefordert, die Tribüne zu besteigen) und daß Beyronnet auf Grund seiner Rücksprache mit Laval entschlossen ist, die Vertagung der Interpellation anzunehmen. Ich appelliere an das Gewissen Beyronnets. Sie (zu der Linken) haben heute die Wahl zwischen Ihren Leidenschaften und dem nationalen Interesse.“

Dieser letzte Satz, der von der Linken als Herausforderung betrachtet und mit großem Lärm aufgenommen wurde, schlug dem Haß den Boden aus. Die Abstimmung über die Vertagung bis zum 19. Februar ergab 134 Stimmen für und 157 Stimmen gegen die Regierung.

Vergebens hat Laval in der gestrigen Verzweiflung des Senats diesen letzten und stärksten „patriotischen“ Trumpf ausgespielt. Nachdem er zunächst versucht hatte, die von der Linken geforderte allgemeine politische Aussprache um zehn Tage hinauszuschieben und dabei in der Minderheit geblieben war, wurde er ganz kleinlaut und wollte sich mit einem nur dreitägigen Ausschub begnügen. Dabei stellte er die Vertrauensfrage, aber der Senat hatte offenbar dieses erbärmliche Schauspiel satt, und die Mehrheit von 24 Stimmen war bei dieser Vertrauensabstimmung sogar um drei Stimmen größer als bei der ersten unverbindlichen Kraftprobe.

Es ist für Laval ein eigenartiges Schicksal, daß er seine Ministerpräsidentenschaft auf so unruhige Weise beendet hat und daß er sogar von seinen eigenen Kollegen im Senat gestürzt worden ist. Denn dieser Mann, der durch die Gunst der Ereignisse im Laufe des vergangenen Jahres eine Art Belohnung erlangt hat, war in Wirklichkeit immer nur ein recht kleiner Mann, ein Durchschnittspolitiker, der von größeren Problemen nicht viel verstand. Das gilt insbesondere für die Außenpolitik, die er immer mehr an sich gerissen hatte, um schließlich auch offiziell Außenminister zu sein, ohne aber auch nur die einfachsten Tatsachen zu beherrschen. Daß er sich dabei trotzdem ziemlich sicher auf diesen ihm ganz fremden Gebieten bewegte, spricht für seine Geschicklichkeit und Anpassungsfähigkeit. Aber seine eigentliche Stärke war ausschließlich die vorzügliche Kenntnis des Parlaments, die innerpolitische und innerparlamentarische Schiebung, die seine Witterung. Deshalb ist es unverständlich, wie Laval auf seinem ureigensten Gebiete einen so plumpen Fehler begehen, wie er das Schicksal seiner Regierung an eine unumgängliche Wahlreform fetten konnte.

Ein Ausweg aus der Krise wird für das Staatsoberhaupt Doumer nicht leicht zu finden sein. Man sieht vor einem offenen Konflikt zwischen der Linksmehrheit des Senats und der Rechtsmehrheit der gegenwärtigen Deputiertenkammer, deren Mandat spätestens in einigen Wochen abläuft. Doumer, der selber aus dem Senat hervorgegangen ist, dessen Präsident er bis zu seiner Wahl in Versailles war, dürfte kaum seinen ehemaligen engeren Kollegen den Affront antun wollen, einen Mann der Rechten mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Aber die Erfahrungen der vergangenen Jahre beweisen andererseits, daß ein ausgesprochen links gerichteter Ministerpräsident sich in der jetzigen Kammer nicht oder nur sehr schwer zu halten vermag. Die Scheidung zwischen rechts und links ist in der Kammer schroffer denn je. Die Gegenjäger haben sich in den letzten Tagen infolge des mit maßloser Erbitterung beiderseits ausgefochtenen Kampfes um die Wahlreform mehr denn je zugespitzt. Der Wahlkampf hat eigentlich schon begonnen, sowohl im Parlament wie draußen im Lande. Die Linke hat zwar kein besonderes Interesse daran, die Verantwortung für die schwebenden Angelegenheiten, einschließlich der außenpolitischen Verhandlungen, vor dem Wahltag zu übernehmen, andererseits ist es in Frankreich bei Wahlen immer von Vorteil, wenn man durch das Innenministerium den Behördenapparat kontrollieren und damit gewisse Wählergruppen beeinflussen kann. Die Sieger des gestrigen Tages sind nicht nur die linksgerichteten Senatoren, sondern auch die Radikalen und Sozialisten in der Deputiertenkammer, die die reaktionäre Wahlreform unerbittlich bekämpft und zum äußersten Mittel der Obstruktion gegriffen haben. Unter Führung Herriots haben sie vor der Schlußabstimmung das Plenum verlassen und verkündet, daß sie vertrauensvoll an das Volk appellieren würden, falls nicht vorher der Senat die Vorlage fassierte. Dennoch ist es gegenwärtig kaum möglich, eine reine Linksregierung der widerspenstigen Kammer aufzuzwingen. So dürfte als einziger Ausweg die Bildung einer sogenannten „Konzentrationsregierung“ unter Führung eines Senators, der persönliche Sympathien links und rechts genießt, übrig bleiben. Aber auch wenn dieser Versuch glückt, so kann es sich nur um ein kurzlebiges Experiment, um eine Uebergangslösung bis zu baldigen Neuwahlen handeln. Der Spruch des Senats hat dem Mandat der Reaktion, die die französischen Wahlen aus durchsichtigen Gründen bis Mitte Mai, also bis nach den Preußenwahlen, hinauschieben wollte, wohl ein Ende bereitet. Die neue Lage erfordert eine Entscheidung der französischen Wählermassen in kurzer Frist. Bis dahin wird es Aufgabe der deutschen Wählermassen sein, bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März zu beweisen, daß das deutsche Volk nicht für Faschismus und Kriegsgewalt, sondern für Demokratie und Frieden kämpft.

Senat macht kurzen Prozeß.

Paris, 16. Februar. (Eigenbericht.)

Die Niederlage der Regierung kam unerwartet und erfolgte unter Umständen, wie sie in der Geschichte des französischen Parlamentarismus einzig dastehen dürften, denn dem Votum des Senats ging keine Debatte voraus, der der Ministerpräsident mit allen Mitteln auszuweichen suchte. Diese Weigerung, sich offen über die innenpolitische Lage auszusprechen, und die Tatsache, daß der Ministerpräsident in seiner kurzen Erklärung den Senat in einer Weise behandelte, die in der Kammer üblich ist, und daß er dabei in äußerst ungeschickter Form eine Kombination zwischen Laval und den ihm bestreuten Interpellanten Behronnet aufdeckte, löste bei der Mehrheit des Senats einen ungeheuren Empörungsturm aus. Das Misstrauensvotum des Senats richtet sich daher im Grunde genommen nicht gegen die ganze Regierung, sondern gegen die Person des Ministerpräsidenten Laval.

Als der Ministerpräsident um 1/3 Uhr in den Bandelgängen des Senats erschien, trug er eine von seiner Wölle getriebene Zuerst über den Ausgang der Debatte zur Schau. Er unterhielt sich lächelnd mit Senatoren, Abgeordneten und Journalisten und erklärte, er habe volles Vertrauen darauf, daß der Senat in einer so ernsten internationalen Lage keine Ministerkrise hervorrufen und damit die Interessen Frankreichs schädigen würde. Es war nämlich bekannt geworden, daß sich der in Genf weilende

Kriegsminister Laval im Laufe der Nacht zum Dienstag telephonisch mit dem ihm persönlich nachfolgenden Senator Bey-

Front gegen den Faschismus.

Waffenkundgebungen in Nürnberg. — Breitscheid über die Präsidentschaftswahl.

Nürnberg, 16. Februar. (Eigenbericht.)

In den beiden größten Versammlungsorten Nürnbergs eröffnete heute Abend Genosse Dr. Breitscheid den Wahlkampf um den Reichspräsidenten. Bereits eine Stunde vor Beginn waren beide Säle überfüllt; sie mußten polizeilich gesichert werden, obwohl noch über tausend Personen Einlaß begehrten.

Das Jahr 1932, so betonte Breitscheid, wird das Jahr der Entscheidungen über Deutschland sein. Es wird entschieden über die Ungewißheit, ob wir von den Reparationslasten befreit werden und was aus denen werden wird, die seit Monaten und Jahren nach Arbeit suchen. Der 13. März entscheidet bereits, ob die Menschen- und Bürgerrechte in Deutschland abgeschafft werden. Wenn Hitler selbst kandidiert, wäre eine klare Front geschaffen. Die Schliche um die Staatsangehörigkeit Hitlers würden uns nicht stören, obwohl gerade seine Partei bei einem anderen Politiker das Geschrei über Schieber anstimmen würde. Aber Hitlers Mitläufer würden nach seiner Niederlage keine Ausreden haben, die Wahl wäre anders ausgefallen, wenn man seine Kandidatur nicht vereitelt hätte.

Die Parole der Sozialdemokratie sei, am 13. März alles zu tun, um den Faschismus an der Machtergreifung zu verhindern. Es handele sich jetzt nicht um die Frage: bürgerlich oder sozialdemokratisch, sondern um die Niederlage des Faschismus. Die Verteilungen der SPD sind wirkungslos. Gerade die Moskauer waren noch vor wenigen Monaten mit den Nationalsozialisten gemeinsam gegen die Sozialdemokraten in Preußen aufmarschiert, und vor sieben Jahren waren es die Kommunisten, die Hindenburg zum Siege verhelfen. Hindenburg sei nicht unser Mann, aber was uns die Entscheidung leicht mache, sei, daß Hakenkreuz, Stahlhelm und Hugenberg jetzt gegen Hindenburg stehen. Für die Sozialdemokratie gehe es am 13. März darum, erst den Hauptfeind, den Faschismus, zu schlagen und dann mit denen abzurechnen, die den Nationalsozialismus als Rückendeckung benutzen. Es gehe dann darum, auch mit der Politik des Herrn Goerner abzurechnen, der das Reichsbanner mit den Farben des Hitler auf eine Stufe stellt. Ein Sieg des Faschismus am 13. März bedeutet verstärktes Mißtrauen des Auslandes, neue Sicherungen Frankreichs und letzten Endes neuen Kriegswahn. Wir wollen nicht neuen Gefahren zusteuern, die erneutes Unglück über unser Volk bringen. Wir wollen einen Staat schaffen, in dem die Arbeiterschaft ihre heiligen Rechte wahr. Der Faschismus will die wertvolle Bevölkerung entrechtet, er will den Untertanenstaat etablieren, er will die Arbeitenden dem Kapitalismus opfern. Den Faschismus am 13. März zu schlagen, ihm eine vernichtende Niederlage bereiten, heißt, am Aufbau unseres Volkes zu arbeiten. Deshalb die Parole am 13. März: Nieder mit dem Faschismus, damit der Weg frei wird für den Sozialismus!

Sie kehren wieder...

Die Nazis kündigen an, daß sie am 23. Februar wieder im Reichstag erscheinen werden. Aber nur solange, als es ihnen zur Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheint.

Ausweitung der Winterhilfe.

Entscheidung des Reichshaushaltsausschusses.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat gestern zu seiner 95. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand eine ganze Reihe von Anträgen landwirtschaftlicher Art. Sie fanden verhältnismäßig rasch durch Regierungserklärungen ihre Erledigung.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt betraf den Bericht des Reichsernährungsministers über die Auswirkung der Winterhilfe und die sozialdemokratischen Anträge über die Weiterführung und Ausdehnung der Winterhilfe.

Die bisher für die Winterhilfe bewilligten Reichsmittel gehen in diesem Monat zu Ende, aber die Not der Erwerbslosen ist noch weiter gestiegen. Deswegen beantragten die Sozialdemokraten die Weiterführung der Winterhilfe. Dieser Antrag, dem sich das Zentrum angeschlossen, wurde angenommen.

Ein harter Kampf begann, als die Sozialdemokraten die Ausweitung der Winterhilfe beantragten. Abgeordneter Heinig begründete den Antrag, die Winterhilfe wie folgt zu erweitern:

1. auf Kurzarbeiter mit Kurzarbeiterunterstützung;
2. auf alle Unterstützungsempfänger der Arbeitslosen- und Arsenfürsorge, für die keine Familienzuschläge gezahlt werden;
3. auf Empfänger von Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge und Zufahrteneempfänger, die keinen eigenen Haushalt führen;
4. auf diejenigen Erwerbslosen, die keine Unterstützung beziehen.

Gegenüber dem Einwand der Regierungsexperten daß sich zur Not noch Mittel für die Verlängerung der Winterhilfe aufbringen lassen würden, aber daß es kaum möglich sei, die Winterhilfe zu erweitern, antwortete Heinig, daß das Finanzministerium in den jüngst vergangenen Monaten mitunter recht großzügig bei der Vergabung von Mitteln gewesen sei. Das sei immer damit begründet worden, daß solche Subventionen, Darlehen und sonstige Unterstützungen im Interesse der Allgemeinheit gegeben werden müßten. Es gebe kein größeres Interesse der Allgemeinheit als die Sorge um die Arbeitslosen. Den Sozialdemokraten käme es nicht so sehr darauf an, auf welchem Wege die Arbeitslosen verbilligtes Fleisch bekämen, etwa durch Einfuhr von Gefrierfleisch oder durch innerdeutsche Verbilligung, der beste Weg sei auf jeden Fall der, der zugleich auch dem deutschen Bauern beim Absatz seines Viehes behilflich sei. Und das gelinge durch die Ausweitung der Winterhilfe im Sinne des sozialdemokratischen Antrages.

Der Vertreter des Zentrums, Erling, und der Vertreter des christlich-sozialen Volksdienstes, Hartwig, erklärten, daß sie für den Antrag Sympathie hätten, aber zugleich hätten sie Bedenken, ob das Reich die notwendigen Geldmittel aufbringen könne. Diesen Standpunkt vertrat auch das Reichsfinanzministerium.

Der Kommunist leistete sich das übliche Aufbäumen gegen die Sozialdemokratie.

Bei der Abstimmung gaben die Kommunisten ihre Stimmen selbstverständlich für den sozialdemokratischen Antrag ab, der angenommen wurde. Von den bürgerlichen Parteien stimmte kein Vertreter für die Ausweitung der Winterhilfe, auch diejenigen nicht, die für eine Verlängerung der Winterhilfe eintreten und diesen Antrag erwidern.

Die Vaterländischen Verbände.



„Den wählen wir nicht mehr. Er hat unsere Parole für Ernst genommen.“

Preußens Sparmassnahmen.

Kampf gegen die Notverordnungen im Landtag.

Nach Eröffnung der Dienstag-Sitzung des Preussischen Landtages forderte Abg. Schwent (Komm.) die Beratung eines Antrags, das neuerliche Verbot der „Roten Fahne“ unversöhnlich wieder aufzuheben.

Die sofortige Beratung des Antrags scheitert am Widerspruch der Sozialdemokraten.

Ein deutschnationaler Antrag, der Einwirkung auf die Reichsregierung fordert, alle nur möglichen Maßnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, wird mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses ohne Aussprache dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Das Haus beschäftigt sich dann mit dem Antrag des Verfassungsausschusses, worin das Staatsministerium ersucht wird, anzuordnen, daß bis zur gezielten Festlegung eines Volkstrauertages die öffentlichen Gebäude an dem jeweils gefeierten Volkstrauertage halbmaß zu flaggen haben.

In der Aussprache lehnt Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.) den Vorschlag ab und empfiehlt die Annahme eines Antrages, wonach den Kriegsbekämpften alljährlich am 9. November eine größere Unterstützung gezahlt werden soll. Was der Redner beabsichtigende Reue gegenüber den Sozialdemokraten macht, weil diese „die Freiheit besessen hätten“, den kommunistischen Antrag im Ausschuß abzulehnen, erhält er einen Ordnungsruf. Der Abg. Kalper (Komm.) wird wegen mehrerer Zwischenrufe zweimal zur Ordnung gerufen und auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam gemacht.

Abg. Fall (Staatsp.) weist Angriffe des Vorredners zurück und wirt den Kommunisten vor, daß sie durch ihren Antrag mit den Kriegsbekämpften Schindluder trieben. Der Landtag könne überhaupt nicht über den kommunistischen Antrag beschließen, da Reichsgesetze den darin enthaltenen Forderungen entgegenstünden.

Ein Regierungsexperte teilt mit, daß das Staatsministerium beschließen habe, am 21. Februar, dem Volkstrauertage, die öffentlichen Gebäude in Preußen halbmaß flaggen zu lassen.

Durch diese Erklärung wird der Antrag des Verfassungsausschusses für erledigt erklärt.

Das Haus beginnt hierauf die Beratung der zu den preussischen Sparverordnungen eingebrachten Anträge, die inzwischen den Hauptausschuß beschäftigt haben. Für die Regierung nimmt Finanzminister Klepper an den Verhandlungen teil. Die einzelnen Sachgebiete werden, jedes für sich, nacheinander getrennt beraten.

Zum allgemeinen Abschnitt, der den Sachgebieten vorangestellt ist, berichtet Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat.) über die Ausschussverhandlungen.

Abg. von Aries (Dnat.): Wir können die zweite Sparverordnung weder als zweckmäßig noch als verfassungsmäßig ansehen und fordern, daß die Verordnung unversöhnlich aufgehoben ist.

Abg. Szilart (Soz.)

ist der Ansicht, daß der Spitz der Notverordnungen sehr schnell verschwinden würde, wenn sämtliche politischen Parteien sich weniger von Agitationsbedürfnis leiten ließen als von der politischen Verantwortlichkeit, wie sie für die Entwicklung des Staates auch die Opposition zu tragen habe. Der Redner bezeichnet den Reichstag als arbeitsunfähig und erklärt, der Preussische Landtag sollte einmütig zum Ausdruck bringen, daß das Reich nicht nur Verständnis haben dürfe für die finanziellen Nöte Bayerns, Thüringens und anderer Länder, sondern auch für die Preussens. Das wäre ein positiver Zweck einer Notverordnungsauflösung im Landtag.

Abg. Alost (Ztr.) hebt gegenüber dem deutschnationalen Redner hervor, daß an der Rechtmäßigkeit der preussischen Notverordnungen nicht gezweifelt werden könne.

Nach weiterer allgemeiner Aussprache folgt die Erörterung der einzelnen Sachgebiete. — Beim Abschnitt Pädagogische Akademien und sonstige Schulausschüsse wendet sich Abg. Deize (Dnat.) gegen die Herabsetzung des Pensionierungsalters der Volksschullehrer. Vor Gericht würde sich diese Ausnahmsbestimmung, wie die ganze Notverordnung, als unhaltbar erweisen.

Deutsches Theater.

Gerhart Hauptmann: „Vor Sonnenuntergang“.

Tragödie des Siebzighjährigen. Da er Ehrenbürger seiner Stadt, bedeutender Zeitungsvorleger und sehr vermögend ist, wollen ihm seine zahlreichen Kinder und Erben verbieten, sich eine frühe Freude zu bereiten und alle diese Lebensgüter auf eine junge, schöne Frau zu übertragen. Und der Siebzighjährige stirbt auf der Bühne, ein König Lear unserer Tage, allerdings ohne die Segnung des Wahnsinns zu genießen. Werner Krauß und Helene Thimig, die Darsteller der beiden Hauptrollen, leisteten Höchstes, sogar Genialstes. So wurde es ein außerordentlicher Erfolg für Gerhart Hauptmann.

Abg. Schwarzhaupt (D. Sp.) erklärt, daß die konfessionelle Imparität beim Abbau der Pädagogischen Akademien auch durch die Ausschussverhandlungen nicht beseitigt worden sei.

Abg. Simon-Neufajz (Soz.)

sagt, daß einer der Hauptzwecke der Notverordnungen der gemeinen sei, die Mittel für die ärmsten Volksgenossen, die Erwerbslosen usw., zu erlangen und besonders die öffentliche Finanzwirtschaft über den schweren Winter zu überzubringen.

Die Ausgaben für das Volksschulwesen könnten viel geringer sein, wenn wie eine Einheitschule hätten und nicht gezwungen wären, etwas aus konfessionellen Gründen Zwergschulen in jedem Winkel des Staates zu erhalten.

Was die pädagogischen Akademien angeht, so bedauert er, daß die anderen Redner gar nicht berücksichtigt hätten, was die Regierung an Gegenargumenten oder Zusicherungen im Ausschuß mitteilte. So sei zugesichert, daß bei späterer Wiedereröffnung von Akademien Händel berücksichtigt werden solle. Er erbitte das gleiche für Breslau und begrüße, daß es gelungen sei, für die aufgelösten Kunstakademien wenigstens Reichsakademien in Breslau und Königsberg zu erhalten. Die Vorwürfe der Opposition über die Verwaltungsreformen gingen fehl, weil die Opposition der Oppositionsparteien die große Verwaltungsreform immer vorüber habe. Die Auflösung der Kulturbauämter bedauert die Sozialdemokratie besonders.

Abg. Dr. Bohner (D. Staatsp.) tritt für die Idee der Pädagogischen Akademie ein, die sich nicht zuletzt auch für die Landbevölkerung segensreich auswirken werde, obwohl diese bisher mit der neuen Lehrerbildung sich nicht befreunden konnte.

Abg. Dr. Boelch (D. Sp.) beschäftigt sich mit dem Abbau an den höheren Schulen. Die Statistik der Regierung über den Abbau an Studienanstalten bringe die furchtbare Lage nicht ganz klar zum Ausdruck.

Nach 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr, vertagt.

Tagung bis Donnerstag.

Der Aelterenrat des Preussischen Landtags beschloß am Dienstagabend, den gegenwärtigen Volltagsschicht am Donnerstag zu beenden. Es soll bis dahin die Aussprache über die zu den Notverordnungen vorliegenden Anträge erledigt werden. Außerdem wird noch eine Reihe von Anträgen und Ausschussbeschlüssen zur Beratung gestellt werden. Die nächste Landtagssitzung soll am 1. März beginnen. Es werden dann nur kleinere Beratungsgegenstände vorliegen, deren Erledigung man in einigen Tagen durchzuführen hofft. Die erste Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1932 kann erst in dem übernächsten Volltagsschicht des Landtags, dessen Beginn für den 14. März in Aussicht genommen ist, vorgenommen werden. Man rechnet damit, daß der Preussische Staatsrat den Haushaltsplan am 12. März verabschiedet wird.

Feuerüberfall auf Polizei.

Kommunistisches Verbrechen in Hamburg.

Hamburg, 16. Februar. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Dienstag unternahm Kommunisten in Hamburg einen Feuerüberfall auf Polizeibeamte. Ein Polizeiwachmeister wurde schwer verletzt.

Vor einem kommunistischen Vertreterslokal in der Papenstraße hatten sich etwa 150 Kommunisten angesammelt, die aus einer kommunistischen Versammlung gekommen waren. Als vorübergehende Passanten von den Kommunisten beunruhigt wurden und schließlich ein mit Ordnungspolizisten besetzter Streifenwagen heran kam, gaben die Kommunisten Feuer. Ein Polizeiwachmeister erhielt einen Schußverletzung in der Höhe der Wirbelsäule; er liegt vernehmungsunfähig dankt. Fünf Kommunisten wurden festgenommen. Zwei waren im Besitz von Revolvern. Aus einer der Waffen ist, wie festgestellt wurde, ein Schuß abgegeben worden.

Das Vertreterslokal der SPD. in der Papenstraße ist alsbald für einen Monat geschlossen worden.

Der Ehrenpräsident der französischen Liga für Menschenrechte, Ferdinand Dufrane, ist gestern im Alter von fast 91 Jahren gestorben. Er war einer der größten Förderer der Friedensbewegung in Frankreich und hatte vor einem Jahre zusammen mit Professor Ducloux den Nobelpreis für den Frieden erhalten. Von 1902 bis 1924 hatte er der Kammer angehört. In den achtziger Jahren hatte er als Beamter des Unterrichtsministeriums am Aufbau des demokratischen Schulwesens hervorragend mitgewirkt.

Millionen fordern Arbeit und Brot.

ADGB. für eine Politik der Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Im Bundesauschuss des ADGB., worüber wir auch auf der 1. Seite berichten, begründete gestern zunächst Larnow seine Vorschläge.

Larnow über Arbeitsbeschaffung.

Das Versagen des Kreditwesens hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Bedeutet dies aber, daß wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muß so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden. Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat. Wir denken an die

Beschäftigung von einer halben Million Arbeitern.

Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter u. a. m. von etwa 2 Milliarden Mark erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen Mark von vornherein durch die freierwerbenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Mark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1 1/2 Prozent bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine sichtbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Die Amerikaner versuchen jetzt, ihre Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Auch sie suchen den Ausweg aus der Krise in einer gemäßigten Kreditausweitung. Zwar ist die Lage Amerikas viel günstiger als dies bei uns der Fall ist. Aber der größte Vorteil der Amerikaner besteht vielleicht darin, daß sie nicht so sehr wie wir die Wirtschaft durch die Theorie sehen und deswegen leichter den Mut finden, das zu tun, was durch die Lage geboten wird. Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Krediterschöpfung sehr starke Meinungsverschiedenheiten, auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert uns daran, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der

aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung

herauszustellen. Darin sind wir uns auch einig. Das Finanzierungsproblem kommt dann wiederum auf uns zu, es wird auch aus anderen Gründen sehr bald akut werden und wir müssen nur darauf achten, daß Maßnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.

Bachem über das Wagemann-Projekt.

Der Direktor der Arbeiterbank, Genosse Bachem, führte aus: Wagemann ist bei seinem Projekt ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinsfuß der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andere. Es ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zutritt der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute halten die goldene Regel der Banken verletzt. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt.

Das Vertrauen in die Finanzinstitute ist weithin geschwunden, das Geldkapital wird gehortet und nicht als Einlage in die Banken gegeben.

Dieses Mißtrauen verschärft die Krisenerscheinungen.

In der modernen Kreditwirtschaft spielt das Girogeld eine besondere Rolle. Dieses Geld entsteht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditvertrages, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Verteuerung und er glaubt, das Girogeld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden.

Wie ist das das möglich, insbesondere in der heutigen Situation? Die Deckung in Gold und Devisen sichert den Spigenausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften, also den Ausgleich der Zahlungsbilanz. Die Deckung muß sich also in erster Linie auf das Geld erstrecken, das diese Funktion hat. Welches Geld ist das? In erster Linie die große Note von 100 Reichsmark auswärts und das Girogeld. Vor allem das Girogeld in Form von Schecks in der Währung des betreffenden Landes. Für dieses Geld muß eine Deckung vorhanden sein.

Für den inneren Markt kommen fast ausschließlich die Scheidemünzen und kleinen Noten in Betracht, die ungefähr vier Fünftel des Geldumlaufs ausmachen.

Für den internen Geldumlauf ist eine Deckung in Gold und Devisen unnötig.

Es muß, so folgerte Wagemann, ein fester Block geschaffen werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 3 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, d. h. nur bis zu 500 M. angenommen werden brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbeschränkt in Zahlung nehmen. Damit glaubt Wagemann das Scheidungsproblem und die kleinen Noten vor Unterwerfung zu schützen.

Nun ist der Einwand erhoben worden, daß dieser Plan inflationistische Wirkung habe. Er sieht aber keinerlei Vermehrung des Notenumlaufs vor. Die Liquidität der Banken ist bekanntlich zum wesentlichen Teil verursacht durch die Verschuldung der öffentlichen Hand. Wagemann schlägt nun vor, daß die öffentliche Hand besondere Obligationen ausgibt, die von den Geschäftsinstituten durch Vermittlung eines Reiskontos der Reichsbank zugelassen werden. Diese gibt dagegen in erster Linie die von dem betreffenden Finanzinstitut eingereichten Finanzwechsel und falls darüber hinaus noch eine Spanne bleibt, eigene Akzepte oder Warenwechsel zurück. Nur ein dann etwa verbleibender Rest wird aus Girokonten gutgeschrieben.

Mit dieser ewigen Schuld soll also nicht eine Vermehrung des Geldumlaufs geschaffen werden. Erreicht wird damit eine Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse.

der Wechselkriterium wird ein Ende gesetzt und eine klare Unterlage geschaffen.

Eine wesentliche Bremse gegen inflationistische Wirkungen ist durch die Kontrolle über das Girogeld gewährleistet. 10 Proz. der Giroguthaben der Finanzinstitute müssen durch Guthaben bei der Reichsbank gedeckt sein.

Die Umschuldung und Fundierung der Schulden der öffentlichen Hand ist nicht möglich ohne Einbeziehung des Girogeldes in die Deckung. Mit der Währungsreform soll Hand in Hand gehen die Einrichtung besonderer Giroinstitute bei den Banken. Die Girokonten müssen jederzeit flüssig gehalten werden. Jetzt, wo der Zahlungsverkehr sich in Form von Giroüberweisungen vollzieht, ist diese Neuordnung notwendig. Diese neuen Bankabteilungen müssen von den anderen Zweigen des Bankgeschäftes streng getrennt werden.

Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Aufhebung der gestorenen Geldleistungen.

Die Finanzwechselschulden der Finanzinstitute müssen eingelöst werden. Heute müssen Kredite zurückgefordert werden von guten Schuldnern. Diesem unmöglichen Zustand würde abgeholfen werden. Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des gehorteten Geldkapitals, und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Raphali: Die Krise ist international.

Raphali (Forschungsstelle) meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß als geschieht ist. Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Beruhigung.

Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die Internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß.

Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Krediterschöpfung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann.

Demgegenüber scheint es mir notwendig, auf dem normalen Anleihewege der öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt, und wir müssen uns demütig bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch eine aktive Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Die Aussprache.

Larnow verteidigte noch einmal gegenüber den Einwänden Raphalis den von ihm vertretene Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgesehene Finanzierung. Gemäß muß versucht werden, auch international nach einer Lösung zu suchen, aber das schließt weder aus, daß

auch im Rahmen der nationalen Wirtschaft konstruktive Lösungen gefunden werden müssen.

Das deutsche Kredit- und Währungssystem wird, wenn nichts Eingreifendes unternommen wird, die Belastungsprobe nicht aushalten. Die Defizite in den öffentlichen Haushalten wachsen, der Außenhandel schrumpft ein. Wie sollen wir, wenn diese Entwicklung fortschreitet, die Zahlung von jährlich 1,6 Milliarden aufbringen, zu denen uns das Stillehaltenkommen verpflichtet? Währungs- und kreditpolitische Maßnahmen werden bestimmt kommen, aber es ist viel gefährlicher, wenn sie auf Entschlüssen beruhen, die von Tag zu Tag gefaßt werden, als wenn sie planmäßig vorbereitet sind. Eine Inflationsgefahr besteht nur subjektiv. Die Ereignisse des Sommers haben gezeigt, daß sie relativ schnell überwunden werden kann, wenn nicht eine Steigerung der Preise eintritt, wenn die befürchtete Inflation tatsächlich gar nicht kommt. Eine objektive Inflationsgefahr kann sich aus der Durchführung des von Hoytinstn, Baade und mir vertretenen Planes nicht entwickeln. Dagegen kann sie sich aus den Folgen der Deflation zwangsläufig ergeben. Denn die Deflation ruiniert die Wirtschaft wie die öffentlichen Haushalte und kann sehr leicht — wenn sich kein Ausweg mehr aus der Finanznot bietet —

in die eigentliche Inflation umschlagen, nämlich in die Gelderschöpfung für die Zwecke der öffentlichen Haushalte.

Der normale Anleihebeweg steht nur offen, wenn das Kreditwesen normal funktioniert. Zwangsanleihen oder Anleihen in der heutigen Situation katastrophale Wirkung auf die Wirtschaft haben. Wir müssen daher in einer außergewöhnlichen Situation auch den Mut haben, für außergewöhnliche Maßnahmen einzutreten.

In der weiteren Aussprache wurde die Bedeutung des internationalen Mißtrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne.

Die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere im Baugewerbe, zeigt schlagend, daß die öffentliche Hand eingreifen muß, gerade auf dem Gebiet der Bauwirtschaft, ohne deren Beteiligung die Anfarbeitung der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen kann. Tarifsperrn, Streiken, Leih- und Büchsenbauten, insbesondere Leih- und Unterführungen bei Eisenbahnen zur Sicherung des Verkehrs usw., sind solche Aufgaben. Gegen das Siedlungsproblem ist nichts einzuwenden. Wenn aber gelöst wird, müssen die Siedlungsbauten nicht unter Einhaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchgeführt werden.

Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Inflationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden. Aus ihr würden über zwei Milliarden Mark gewonnen werden. Die zur Behebung der Finanzschwierigkeiten des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie zu einem Teil auch für den Wohnungsbau verwendet werden könnten.

In der Miete ist ein Reparaturanteil von mindestens 22 bis 25 Proz. enthalten, der bei einem Aufkommen von rund 6 Milliarden Miete jährlich etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Mark betragen und für eine große Anzahl von Bauarbeitern Arbeit beschaffen würde.

Es sind Mittel vorhanden gewesen für die Banken und für die Landwirtschaft, dann müssen auch Mittel vorhanden sein für die Arbeitsbeschaffung.

Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten kann jedoch nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Wir rufen ins Land hinaus: Das kapitalistische System ist am Ende seiner Fähigkeiten. Demgemäß müssen wir

Lösungen im Sinne des Sozialismus

suchen. Wir brauchen ein Programm von positiven Forderungen mit sozialistischem Charakter. Eine große Zahl von konkreten wirtschaftspolitischen Aufgaben, so die durchgreifende Abschreibung der hohen, aus der gestunkenen Produktion nicht mehr verwertbaren Anlagen der großen Industrie, können nur mit sozialistischen Mitteln erfüllt werden.

Arbeitslosigkeit erzeugt neue Arbeitslosigkeit, Not erzeugt größere Not. In dieser Lage berge die Unfähigkeit die schlimmsten Gefahren in sich. Die Arbeitsbeschaffung vermag dagegen einen Ausweg aus der Depression zu eröffnen. Der Zeitpunkt für einen

Krisenkongreß der deutschen Gewerkschaften

sei jetzt gegeben. Die Gewerkschaften müssen es sein, die mit großem Nachdruck die Öffentlichkeit mahnen, sich dem großen entscheidenden Problem der Arbeitsbeschaffung ernsthaft zuzuwenden. Sie müssen es sein, die sich der Führung bemächtigen bei dem Bestreben, Wege aus der Krise zu erschließen. Im Kampfe für die Arbeitsbeschaffung dürfen wir die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhaltung des Reallohnes nicht vergessen.

Andertens wird in der Diskussion darauf gewarnt, die Gefahr der Inflation gering zu schätzen. Der Wagemann-Plan enthält, wird weiter ausgeführt, Momente, die gerade die Gewerkschaften reizen sollten, an der Ausgestaltung dieses Planes mitzuwirken; denn er stellt, um nur eines dieser Momente hervorzuheben,

den Kreditapparat unter eine starke öffentliche Kontrolle.

Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Sinne der vom Bundesauschuss erörterten Vorschläge sind in ihrer Wirkung abhängig von der Umgestaltung des Kreditwesens nach dem Plane Wagemanns. Dieser Plan hat — bildhaft ausgedrückt — im Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung die Aufgabe, den Sumpf trocken zu legen.

Leipart schließt die Debatte ab. Er stellt fest, daß die Frage, der die Beratungen gewidmet waren, doch soweit gelöst worden sei, daß die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit größerer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten können. Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entscheidung, die wir an anderer Stelle veröffentlicht, wird einstimmig angenommen.

Damit sind die Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen und der Bundesauschuss kommt nunmehr zum letzten Beratungspunkt: Wahl des Bundeskassierers. Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hatte den Bundesauschuss mit der Wahl betraut. Leipart schlägt im Namen des Bundesvorstandes den Genossen Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, zum Kassierer vor. Ohne Aussprache wurde Schulze einstimmig zum Kassierer des Bundes gewählt.

Arbeitslosigkeit steigt überall.

Die vom Internationalen Arbeitsamt aus den verschiedenen Ländern der Welt gesammelten Zahlen über die Arbeitslosigkeit zeigen nach dem Stand Ende November 1931 eine wesentliche Steigerung in allen Ländern im Vergleich zum Stand am gleichen Tage des Jahres 1930. Danach ist die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit wie folgt gestiegen:

Deutschland 34 Proz., Belgien 128 bis 130 Proz. (Voll- und Teilzeitarbeiter), Großbritannien 12 Proz., Italien 63 Proz., Niederlande 32 Proz., Schweiz 41 Proz., Oesterreich 15 Proz., Australien 34 Proz., Kanada 80 Proz., Dänemark 52 Proz., Vereinigte Staaten 30 Proz., Ungarn 28 Proz., Schweden 44 Proz., Tschechoslowakei 45 Proz., Estland 65 Proz., Polen 24 Proz., Jugoslawien 52 Proz., Finnland 44 Proz., Frankreich 55 Proz., Island 2 Proz., Lettland 125 Proz., Norwegen 28 Proz. und Neuseeland 184 Proz.

Die prozentual besonders hohe Steigerung in einzelnen Ländern befaßt nicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern, bringt vielmehr zum Ausdruck, daß dort die Arbeitslosigkeit Ende 1930 noch ziemlich gering war.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Monte, Mittwoch, 17. Februar, 1932. Wir, tagen die Gruppen: Südwesten: Jugendheim Friedrich II (Hohenzollern), Unter den Eichen, Prenzlauer Berg. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus), Die Rolle in der Karkatur. — Spandau-Bezirk: Jugendheim Lindenstr. 1. Zeitrecht und letzte Parteiverammlung. — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Die Polizei in der Karkatur. — Neukölln: Jugendheim Weidenstr. 26. Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. — Kreuzberg: Jugendheim Adenburger Str. 14. Marcus (Klein) (Jugend). — Prenzlauer: Jugendheim Petstr. 39 (Hof). Lohnverhandlung bei „Reuter“. — Friedrichshagen: Jugendheim Hauptstr. 68 (Ulrichs-Bauhof). Gewerkschaften und ADGB. — Humboldt: Jugendheim Braun- u. Götterstr. Gruppenarbeit: „Gundoldt heilt Kopf“. — Schöneberg: Jugendheim, Schule Schönhafer Str. 17. Hofmann kommt. — Köpenick: Jugendheim Engel, Schönhafer Str. 4. Mein Junge (Jugend) zum freien Arbeiter. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Ernststr. 16. Besichtigung Arbeit. — Jugendheim des Gesamtverbandes: Gesamtveranstaltung 1932. Uhr im Jugendheim des Gesamtverbandes, Engelstr. 24-25. Lichtbildvortrag: „Das neue Spanien“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaristen

Monte, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). — Köpenick: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Die Polizei in der Karkatur. — Neukölln: Jugendheim Weidenstr. 26. Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. — Kreuzberg: Jugendheim Adenburger Str. 14. Marcus (Klein) (Jugend). — Prenzlauer: Jugendheim Petstr. 39 (Hof). Lohnverhandlung bei „Reuter“. — Friedrichshagen: Jugendheim Hauptstr. 68 (Ulrichs-Bauhof). Gewerkschaften und ADGB. — Humboldt: Jugendheim Braun- u. Götterstr. Gruppenarbeit: „Gundoldt heilt Kopf“. — Schöneberg: Jugendheim, Schule Schönhafer Str. 17. Hofmann kommt. — Köpenick: Jugendheim Engel, Schönhafer Str. 4. Mein Junge (Jugend) zum freien Arbeiter. — Baumgartenweg: Jugendheim Baumgartenweg, Ernststr. 16. Besichtigung Arbeit. — Jugendheim des Gesamtverbandes: Gesamtveranstaltung 1932. Uhr im Jugendheim des Gesamtverbandes, Engelstr. 24-25. Lichtbildvortrag: „Das neue Spanien“.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Religion: Dr. Dahn Schläpfer; Sozialismus: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Hahn; Familien in Paris. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2. Seite 2. Beilage.

Berlin wandert.

Großstadtmensch will Licht und Luft. — Aber die hohen Mieten. — Aufgaben des Verkehrs.

Die Wohnungen in den Berliner Neubauten wurden trotz der hohen Mieten im allgemeinen doch besetzt. Liegen sie doch zumeist im Grünen, abgerückt von dem brodelnden Verkehr der City, Licht und Sonne haben freien Zutritt. Es fehlen die kulturwidrigen Hinterhäuser und die Wohnungen sind mehr oder weniger mit modernen Einrichtungen versehen. Viele kleine und mittlere Beamte und Angestellte leisteten sich unter äußerster Einschränkung auf allen anderen Gebieten eine solche Wohnung. Bis der große Abbau vom vergangenen Jahre und die Herabsetzung der Löhne und Gehälter erfolgte. Da begann die Abwanderung, die Mieten waren für viele nicht mehr tragbar. Die vierte Rotorordnung brachte für die Neubaugewohnungen auch keine oder höchstens eine ganz geringfügige Mietentkung, aber sie brachte die Möglichkeit zur Kündigung. Von diesem Recht ist in umfangreicher Weise Gebrauch gemacht worden, und so wird man zu Ostern einen 11 zu 9 von ungewöhnlichem Maße erleben.

Rückwanderung in die schlechteren Quartiere.

Wie in den ersten Jahren nach dem Kriege werden Familien, Eltern mit ihren verheirateten Kindern zusammensziehen, alte unhygienische Wohnungen wieder mehr begehrt werden. Rückwärts. Bernünftigerweise ist die Stadt jetzt damit vorgegangen, die Mieten in den mit öffentlichen Mitteln erbauten Häusern herabzusetzen. Wenn man nicht will, daß die vielfach in jämmerlichem Zustande befindlichen Altwohnungen an die teureren Neubaugewohnungen angepaßt werden, muß man den umgekehrten Weg beschreiten, selbst wenn dabei Verluste in Kauf genommen werden müssen.

Der Zug der Bevölkerung aus der Innenstadt nach außen läßt sich nicht mehr eindämmen. Er hat schon vor dem Kriege begonnen. Die 4½ Tausend Hektar Kleingartenfläche, über die Berlin verfügt, erweisen zur Genüge die Liebe des Großstädtlers zur Natur. Der wachsende Verkehr, der Mangel an Licht und Luft in den dicht bebauten Vierteln der Innenstadt läßt die Flucht nach den Außenbezirken immer härter werden. Und das, obgleich es für Jehnkauende große Beschwerden mit sich bringt, indem sie Tag für Tag lange Fahrten bis zu ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen haben. Der Verkehr muß sich diesen täglich

Wanderungen von Süd nach Nord.

vom Zentrum nach der Peripherie und umgekehrt anpassen. Stadtbahn und die Berliner Verkehrs-Gesellschaft mit ihren Straßenbahnen, Autobussen und Untergrundbahnen haben tagtäglich diese Binnenwanderung zu bewältigen. Der Verkehr folgt den Wohnstätten, beides tritt in Wechselwirkung miteinander. Aber auch die Industrie zieht immer mehr aus der Innenstadt hinaus in die Randgebiete.

Eine interessante Untersuchung.

Das Preussische Statistische Landesamt hat innerhalb des bezeichneten Gebietes (Berlin und Randgebiete) 132 Städte, Ortschaften, Güter und Kolonien auf ihre Bautätigkeit in den Jahren 1919 bis 1927 hin geprüft. Innerhalb Berlins wurden in dieser Zeit 56 551 neue Wohnungen erbaut, in den Randgebieten 14 358. Die absoluten Zahlen besagen wenig. Erst wenn man die neuen Wohnungen auf je 100 Einwohner umrechnet, erkennt man das Tempo des Wachstums und die Entwicklung der Dichtigkeit. Die Zahl für Gesamt-Berlin beträgt nur 1,49 auf 100 Einwohner des Jahres 1919 umgerechnet. Tritt man Berlin in seine Bezirke auf, so ergeben sich allerdings für die Außenbezirke fast durchweg erheblich

günstigere Werte. An der Spitze steht Zehlendorf mit 10,61 Proz., ihm folgen Reinickendorf mit 7,12 Proz., Köpenick mit 6,53 Proz. und Tempelhof mit 6,21 Proz. Unter dem Durchschnitt steht Alt-Berlin mit 0,16 Proz., Charlottenburg mit 0,84 Proz. und Schöneberg mit 1,05 Proz. Was nun die Entwicklung der außerhalb des Berliner Stadtgebiets liegenden Orte (hier Randgebiet genannt) anlangt, so haben diese zum Teil erheblich höhere Hundertsätze aufzuweisen. Den höchsten Satz hat die Kolonie Neu Seddin, die durch den dorthin verlegten Verschiebebahnhof der Reichsbahn entstanden ist, mit 128,57 Proz. Neubaugewohnungen auf 100 Einwohner des Jahres 1919. Von diesen Siedlungen ist ein Teil reine Wohnsiedlungen, andere sind auf Industriefeldungen zurückzuführen. Ganz deutlich

Hochbahn wird neu. Strecke Hallesches Tor-Kottbuser Tor.

Der „Vorwärts“ hatte vor einiger Zeit einen ausführlichen Bericht über die Ursachen und den Umfang der Schäden auf der Hochbahnstrecke Hallesches Tor-Kottbuser Tor gebracht. Wir hatten gefordert, daß die gefährdete Strecke einer völligen Renovierung unterzogen wird. Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat jetzt in ihrem Rechnungsanschlag 1,7 Millionen Mark für die Instandsetzung der Linie bereitgestellt. Vorläufig ist die Eisenkonstruktion des Viadukts durch mächtige Holzversteifungen gestützt worden, trotzdem mußte an der langsamen Fahrweise der Züge — die Geschwindigkeit beträgt auf der hauptsächlich gefährdeten Stelle nur 20 Stundenkilometer — festgehalten werden. Jetzt wird man damit beginnen, die Strecke nach und nach gänzlich neu zu errichten. Der Fahrbetrieb wird dabei aufrechterhalten werden können.

Bei dem Stück, das man zuerst in Angriff nehmen muß, handelt es sich um die Strecke von der Höhe des Patenamts in der Giesbener Straße bis zum Bahnhof Prinzenstraße. Hier hatten sich Veränderungen an den Verbindungspunkten gezeigt. Wie die Techniker feststellten, hatte die betreffende Baufirma bei der Erstellung des Viadukts, das 1902 zum erstenmal befahren wurde, die Lächer für die Verbindungen nicht gehöhrt, sondern gestanzt. Durch die dreißigjährige, überaus starke Inanspruchnahme der Konstruktion stellten sich hier dann die ersten Schäden ein. In den späteren Jahren soll allmählich die ganze Strecke bis Warschauer Brücke renoviert werden. Das erfordert jedoch eine Summe von 11 bis 12 Millionen Mark, die im Augenblick noch nicht aufgebracht werden können.

Berlins Ortschaftung im Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung tritt in dieser Woche außergewöhnlich an drei Tagen zusammen, um die endgültige Gestaltung des neuen Ortsstatuts für Berlin vorzubereiten. Besitzen vormittag wurde mit der 1. Beratung

zeigt sich die hervorragende Stellung der an den Bahnstrecken gelegenen Ortschaften gegenüber denen ohne Bahnverbindung. Von den 152 untersuchten Ortschaften liegen 64 (42 Proz.) an einer Bahnstrecke. Auf diese 64 Orte entfallen 11 028 oder 77 Proz. der Neubaugewohnungen, während die 88 Ortschaften ohne Bahnverbindung nur 330 Wohnungen zu verzeichnen haben.

Die Untersuchungen des Statistischen Amtes haben nur die Eisenbahnverbindungen in Betracht gezogen. Eine Untersuchung, die auch die städtischen Verkehrsmittel mit einbezöge, würde zeigen, daß auch diese die gleiche Rolle spielen wie die Eisenbahnen. Seitdem diese Verkehrsmittel in städtischer Verwaltung sind, werden die Linien nicht nur nach dem Grundsatz des Verdienstes gezogen, sondern die städtischen Einrichtungen dienen den Bedürfnissen der Allgemeinheit. Fast alle der neugegründeten Verbindungen nach neuerfindenden Siedlungen sind für lange Zeit Zuschußlinien. Die Durchführung der Gemeinschaftsidee auch auf das Verkehrsweesen ermöglicht die Schaffung entfernt von den Industriegebieten liegender Wohnsiedlungen. Eine weitestgehende Kommunalerwaltung wird beides, Verkehrs- und Siedlungsweesen, unter ein und denselben Gesichtspunkten, dem des Gemeinwohls, betrachten und zu fördern suchen. Dieses Ziel hat die sozialdemokratische Fraktion im Roten Hause stets verfolgt.

des unter Mitwirkung der Bezirksbürgermeister zustandekommene Magistratsentwurf begonnen. Es ist noch zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Vorlage noch in dieser Woche zu verabschieden, so daß sie in der nächsten Woche an das Plenum zurückgegeben werden kann. An diesem Donnerstag findet keine Stadtverordneten-sitzung statt.

Zum Tode Siegfried Weinbergs. Beileidschreiben des Oberbürgermeisters und des Stadtverordnetenvorsitzers.

Zum Tode des Stadtverordneten Genossen Dr. Siegfried Weinberg, der heute vormittag um 10.30 Uhr im Krematorium Wilmersdorf dem Feuer übergeben wird, haben Oberbürgermeister Dr. Sahm und Stadtverordnetenvorsitzer Genosse Haß der Gattin des Verstorbenen das nachstehende Beileidschreiben übersandt:

„Es ist uns ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen zu dem unerwarteten Hinscheiden Ihres Gatten, des Stadtverordneten Dr. Siegfried Weinberg, unsere herzlichste Anteilnahme zugleich namens der Gemeindeförperschaften zum Ausdruck zu bringen. Ihr Herr Gemahl, seit dem 22. April 1918 Mitglied des Stadiparlaments, hat beinahe einhalb Jahrzehnte in der Deputation für Kunst und Bildungsweesen, dem Ausschuss für die Städtischen Oper u. a., dem Aufsichtsrat der Berliner Philharmonische Orchester G. m. b. H. und in vielen anderen Organen der städtischen Verwaltung hingebende, selbstlose Arbeit geleistet. Obwohl durch seinen Beruf als Rechtsanwält und Notar voll auf in Anspruch genommen, hat er dennoch sein städtisches Ehrenamt mit seltenem, von rechtem Bürgerstolz getragenen Pflichtbewußtsein geführt und sich so über den Kreis der engeren Freunde hinaus größter Wertschätzung erfreut. Diese seine Verdienste und sein lauterer Charakter werden Dr. Siegfried Weinberg in der Stadtverwaltung ein ehrendes Andenken sichern.“

Sprechchor für proletarische Feiern. Donnerstag, den 18. Februar, 20 Uhr, im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17, Uebungsstunde (photographische Aufnahme).



Billig zahlt seine Strafe, Billig zahlt dem Ueberfallenen ein Schmerzensgeld, er verprügelt den Indianer und dann zahlt er ihm die Fahrkarte in seine Heimat. Nun war die Kummer kaputt und Billigs Ersparnisse waren aufgebraucht. Er hatte alles aufgeben müssen, damit ihm keine Schwierigkeiten erwuchsen, er hat nichts außer seinen Laffos und seinen Revolvern. Er pfeift ein Lied und schwört dabei, nie wieder eine Uhr zu verschleppen.

John wird arbeitslos.

Zuerst begegnete man John mit der allergrößten Hochachtung im Geschäft. Sein Name wurde als Reklame gebraucht. Das taten die Direktoren und die Angestellten des gleichen.

Bald aber fand man heraus, daß John mit seiner Familie keinerlei Verbindung hatte. Da wurden die Direktoren zurückhaltender. Nach ziemlich raschem Uebergang war John nur noch ein beliebiger Angestellter. Er war ein Korrespondent wie so viele andere. Na, englisch, das ist ja die leichteste Sprache der Welt.

Die Angestellten folgten dem ansteckenden Beispiel der Direktoren. Im ganzen Büro war kein Mensch mehr, der John mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtete. Man konnte durch ihn keine Karriere machen. Infolgedessen war er genau so uninteressiert wie sie alle.

John berührt das nicht. Er bemerkt den Umschlag wohl, er deutet ihn vollkommen richtig, er ärgert sich nicht. Er stellt nur eine Tatsache fest, indem er sagt: „Jetzt bin ich nicht mehr der Sohn meines Vaters, jetzt bin ich endlich ich.“

Die Wirtschaftskrise wird immer drückender. Allerorts werden Einschränkungen vorgenommen.

Die Direktoren werden sehr offensichtlich launisch, sie schikanieren das Personal, das sehr luschig wird; steht doch im Hintergrund immer die Angst vor der Zukunft. Was soll

werden? Das ist die bange Frage, auf die niemand Antwort weiß.

Einer der Direktoren, der gerne mit angesehenen Namen renommieret, ruft John stets herein, wenn er hohen Besuch von auswärts hat. John muß den Bärenführer machen, so gar dann, wenn er nicht als Dolmetsch für englisch in Frage kam. Das sah nach einer besonderen Ehrung aus, doch es war in Wirklichkeit eine Demütigung. Durch Johns Wahl besonte und erzählte der Direktor: „Seht, was für Namen in meinem Betriebe tätig sind.“

In dem Geschäft, in dem John arbeitete, wurden Entlassungen vorgenommen. Sie waren nicht nötig. Es war Arbeit genug vorhanden. Doch die Direktoren waren sich als unkluge Geschäftsleute vorgekommen, wenn sie die allgemeine Wirtschaftskrise nicht zur Notlage ihrer Angestellten ausgehau hätten. Dem einzelnen wurde einfach mehr Arbeit aufgebürdet.

John wird angesteckt von der allgemeinen Neurostik. Mehr als einmal legt er sich die Frage vor: „Was soll werden?“

Mitunter nagt an ihm die Furcht um den Besitz. Er hat Klubsessel und Automobile, Perferteppiche und elektrisches Licht kennengelernt. Er hat auf manches verzichtet. Jedoch schmerzt dieser Verzicht bis jetzt nicht; denn er hat Anita und ein gemütliches Heim. Er beneidet weder Vater noch Bruder um das Haus in Bremen und die Korrektheit der dortigen repräsentativen Haushaltungen.

Freilich hat er keine eigene Wohnung. Er hat zwei leere Zimmer von einer Witwe gemietet, die sich jetzt einschränken muß und ihre Dreizimmerwohnung nicht mehr allein für sich beanspruchen darf. Die Witwe ist zurückhaltend. Sie hat vorher ein paar mal Pech gehabt und ist nun froh, anständige, nette, pünktlich zahlende Mieter zu haben.

Die Miete ist sehr hoch. Doch hindert die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage John, sich um eine eigene Wohnung zu bemühen. Weiß doch keiner, was der nächste Tag bringen wird. Mit großen Plänen darf man nicht in die Zukunft gehen.

Es steht nichts Sanftes im Leben. Jeder Tag bedeutet für irgendeinen Menschen eine Katastrophe.

Und eines Tages wird auch John entlassen. Er schreibt viele Briefe, er macht viele Wege, alles ist vergeblich. An Neueinstellungen denkt kein Mensch. Niemand hat Arbeit zu vergeben.

John schreibt an den jungen Thormeyen, aber der ist mit einer Filmexpedition unterwegs und weder Briefe noch Telegramme erreichen ihn.

Billig hat gute Engagements gehabt, er ist sehr sparsam gewesen und sein Geldbeutel hat daher den Wutanfall des Indianers verschmerzt.

Billig reist mit einem mittleren Zirkus. Die Geschäfte sind schlecht, die Stimmung ist gedrückt, doch Billig gefällt. Er bastelt gern und hat sich eigenartige Apparate konstruiert.

Billig sitzt in Potsdam gerade in dem Packwagen der Wild-West-Schau, als plötzlich John auftaucht.

Billig begrüßt ihn herzlich und John nimmt ohne Anforderung auf einem großen Koffer Platz und setzt sich ungeniert auf Billigs Lederhose, die einer Schürze gleich übergezogen wird, wenn Billig in die Manege geht. Billig ist ein klein wenig eigenartig gekleidet, er trägt das blaurot karierte Cowboyhemd und die helle Hose seines Straßenanzuges.

Doch macht er keine Anstalten, sich anders anzuziehen oder sich ob seines Anzuges zu entschuldigen.

Billigs erste Frage gilt Anita. John sagt ehrlich: „Ich glaube, sie ist glücklich.“

„Das glaube ich auch“, antwortet Billig. „Wäre sie es nicht, hätte ich es aus ihren Briefen zwischen den Zeilen gelesen.“

John freut sich. Diese Antwort ist ihm viel wert, namentlich in jetziger Zeit. Dann erzählt John, daß er stellunglos ist. Billig beachtet ihm: „Auch ich habe keinen Anschlag. Ich fürchte, ich werde ein paar Monate liegen. Für den Winter müßte ich schon unbedingt besetzt sein.“

Was willst du tun?“ fragt John.

„Na, wenn ich nicht gebucht werde, mir für meine Sachen irgendwo einen Speicher suchen, einen Probierraum mieten, fleißig neue Tricks einüben und weiter Anschlag suchen. Für nächsten Sommer gebe ich nach Polen. Das ist sicher. Ich werde dort in Zoologischen Gärten und Lunaparks arbeiten. Da ist zwar ein anderes, mir unbekanntes Publikum da, es wird schon werden.“

„Unfere Zeit ist Wertvernichtung“, sagt aus tiefem Sinnen heraus John.

„In Kongresspolen sollen Postkutschnerüberfall und Bockhausbrand noch heute so ziehen, wie zu Buffalo Bills Zeiten in ganz Europa“, läßt sich Billig vernehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Auf Gnade oder Ungnade.

Das Afschenputtel soll wieder auferstehen.

Am Haus der Technik sprach auf Einladung der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins Frau Emma Kromer: Arbeitsgebervertreterin in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung. Die Rednerin hatte als Thema „Die derzeitige Lage des Arbeitsmarktes für Hausgehilfen und Stundenfrauen“ gewählt. Man hätte daraufhin erwartet, eine objektive Betrachtung und Erörterung der Lage dieser Berufsgruppe zu hören; jedoch es war ein Protestruf der Hausfrau über die angebliche untragbare Höhe der Soziallasten und die zu hohen Lohnforderungen, der in der Entschiedenheit seinen Ausdruck fand: die Hausangestellte soll heraus aus der Erwerbslosenversicherung, genau wie die Landarbeiterin, das heißt mit anderen Worten, sie soll schutz- und rechtlos, wieder zum „Gesinde“ früherer Zeiten auf Gnade und Ungnade der Gnädigen ausgeliefert werden.

Die Auffassung dieser Dinge durch die Referentin stand übrigens im starken Widerspruch zu der von ihr eingangs geschilderten geradezu katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes; die arbeitsamtliche Statistik nennt Zahlen, die besser als alle Worte sprechen: im August 1931 gab es in Deutschland 143 000 gemeldete Arbeitslose, im September 158 000, im Oktober 177 000, im November 193 000 und im Dezember 200 783, dabei sind noch die durch private Vermittlung (Inserate, Empfehlungen usw.) Stellungsuchenden nicht einbezogen. Dies hat seinen Grund in dem starken Zustrom anderer Berufsgruppen, die infolge langer Arbeitslosigkeit als letzten Ausweg dann noch versuchen, im Haushalt unterzukommen; auf der anderen Seite bedingt die krisenhafte wirtschaftliche Lage, daß viele Hausfrauen heute nicht mehr instande sind, sich ein Mädchen zu halten.

In der weiteren Folge meinte die Rednerin, daß die Hausangestellte eben, der Not der Zeit entsprechend, ebenfalls ihre Bedürfnisse erheblich einschränken müsse, worauf der Ruf erscholl: „Da und läßt Seidenstrümpfe“; man fühlte sich hier um eine gewaltige Zeitspanne zurückversetzt in jene Epoche, wo Standes- und Rangunterschiede sich auch nach außen hin in der Kleidung bemerkbar zu machen hatten; vielleicht ist jener Hausfrau nebenbei auch bekannt, daß heute ein Seidenstrumpf — natürlich billigster Qualität — weit billiger ist als ein Wollestrumpf und daß weiterhin dem Arbeitgeber feinerer Recht und Kritik über das Privatleben seiner Angestellten nach dieser Richtung hin zukommt. Nachdem dann noch Vertreterinnen verschiedener Bezirksorganisationen ihr Herz ausgeschüttet hatten, wurde natürlich eine Entschädigung angenommen, die sich im Sinne der von der Rednerin vorgebrachten Belohnungen hielt.

Neuköllner Schulraumnot.

Klagen über die Handelslehranstalt.

In einer stark besuchten Elternversammlung der Handelslehranstalt Neukölln wurden über die außerordentlich ungünstigen Raumverhältnisse der Schule lebhaft Klagen geäußert. Nach einer eingehenden Aussprache, die sich auf die gegenwärtigen Raumverhältnisse ebenso wie auf die beabsichtigten Veränderungen bezog, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die an das Bezirksamt Neukölln und an den Oberbürgermeister der Stadt Berlin weitergeleitet werden soll und in der es heißt:

„Seit ihrem Bestehen ist die Handelslehranstalt Neukölln nie in einem Schulgebäude, sondern stets an verschiedenen, zum Teil weit auseinanderliegenden Stellen untergebracht gewesen. Die Schülerräume wurden häufig während der Unterrichtszeit von einem Gebäude zum anderen gehen, und zwar durch verkehrsreiche Straßen. Da infolge des steten Wachstums der Schule die zur Verfügung gestellten Räume immer wieder nicht ausreichen, war in Aussicht genommen, die Handelslehranstalt in ein neuerrichtendes Gebäude zu bringen. Leider konnten die Pläne infolge der mangelhaften Finanzlage nicht zur Ausführung kommen.“

Die Elternschaft erwartet jedoch nunmehr, im Interesse eines geordneten Unterrichts dafür Sorge tragen zu wollen, daß dem ständigen Hin und Her endlich ein Ende gemacht wird, und zwar dadurch, daß die gesamte Schule in ein Gebäude verlegt wird, das ihrer Größe und Bedeutung entspricht. Der Zeitpunkt der Zusammenlegung scheint deshalb besonders günstig zu sein, weil zwei Abteilungen der Schule (Wassertrasse und Prinz-Handjery-Straße) bestimmt zum 1. April verlegt werden müssen.“

Fort mit den Sommerwegen!

Die Reichswehr will nichts von ihnen wissen.

Dem Reichsverkehrsminister ist folgende Entschädigung übermittelt worden, die für den gesamten Kraftwagenverkehr von Interesse sein dürfte:

Die Vereinigung kraftfahrender Journalisten (V. K. J.) nimmt das schwere Autounfall Berlin-Verkehrsrichter, das sich kürzlich bei Rauen ereignete, zum Anlaß, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Behörden auf den unerträglichen Fortbestand der Sommerwege zu lenken. Diese in kaum einem anderen Kulturland noch vorhandene Straßeneinteilung verurteilt jedes Jahr Tausende von Todesopfern. Gelegentlich eines Vortragabend der V. K. J. wurde neulich im Anschluß an Ausführungen des Reichsverkehrsministers Trentram durch den Vertreter des Reichswehrministeriums festgestellt, daß entgegen einer vielverbreiteten Auffassung — die Reichswehr teig Interesse an der Beibehaltung der Sommerwege habe, sondern schon vor Jahren für deren Beseitigung eingetreten sei. Daß die landwirtschaftlichen Verkehrswerte, für die die Sommerwege angeblich in erster Linie bestimmt sind, fast immer den festen Teil der Chausseen benutzen und dabei den Kraftwagenverkehr behindern und gefährden, ist eine unbefehlbare Erfahrungstatsache. Die V. K. J. tritt dafür ein, daß zum mindesten dort, wo die Chausseen repariert werden, ganze Arbeit gemacht und die Erneuerung auf der ganzen Straßenbreite vorgenommen wird. Sie fordert besonders, daß die wichtigsten Chausseen, auf denen sich der stärkste Kraftwagenverkehr abwickelt — z. B. Berlin-Rauen-Hamburg —, von den lebensgefährlichen Sommerwegen befreit werden.

Feuer in einer Großwäscherei.

In einer Großwäscherei in der Mariensfelder Straße 5 in Bantwich brach gestern gegen 20 Uhr Feuer aus, das in kurzer Zeit bedrohlichen Charakter annahm. Die Flammen hatten sich im Innern des Fabrikgebäudes schnell ausgebreitet, so daß die Feuerwehr zwei Berliner Jäger zur Hilfeleistung heranziehen mußte. Starke Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten, demnach gelang es nach einräuchigem starkem Wassergehen, den Brandherd zu lokalisieren. Die Entstehungursache ist noch unbekannt.

Unsaubere Geschäfte!

Schwere Betrügereien an Buchmachern. — Polizei untersucht!

Die Berliner Kriminalpolizei ist zur Zeit mit der Klärung recht dunkler Machinationen beschäftigt in die der Syndikus des Verbandes deutscher Buchmacher, Josef Ernst, und ein angeblicher Doktor Pöhlig verwickelt sind. Beiden werden Betrügereien und Untreue zum Vorwurf gemacht. Pöhlig, bei dem sich herausgestellt hat, daß er den Doktorstitel zu Unrecht führt, ist bereits mehrmals von der Polizei vernommen worden. In den nächsten Tagen wird sich die Kriminalpolizei auch mit Ernst befassen und das Belastungsmaterial prüfen, das gegen ihn vorgebracht worden ist.

Pöhlig näherte sich Buchmachern unter der Maske einer sehr einflußreichen Persönlichkeit und versprach ihnen „dank seiner hervorragenden Beziehungen“, Konzessionen für das Gewerbe zu beschaffen. Durchschnittlich verlangte er 4000 bis 10 000 M., die er teilweise auch erhalten hat. Vermittlung durch Helfershelfer bekam Pöhlig Nachricht, wenn ein Buchmacher, der um eine Konzession eingekommen war, beim Landwirtschaftsminister vorgelegt wurde. Daraus schlug P. Kapital, und er nahm Beträge entgegen, um die Konzessionsanträge angeblich schnell zum Ziel zu bringen. Verschiedene Buchmacher, die ihre Konzessionen auf normalem Wege bekommen hatten, wurden gleichfalls von Pöhlig aufgesucht. Er erzählte den freigegebenen konzessionierten Buchmachern, daß sie „alles nur seinen Verbindungen zu verdanken“ hätten. Tatsächlich haben auch mehrere Buchmacher den Erzählungen des Mannes geglaubt, und sie sind erhebliche Summen losgeworden. Pöhlig verteidigt sich außerordentlich geschickt und erklärt immer wieder, daß er lediglich im Auftrage seiner „Klienten“ gehandelt habe und nur für seine Arbeit bezahlt worden sei.

Mit dem Syndikus Ernst muß sich die Polizei noch befassen. Schon einmal wurde gegen Ernst von Hamburg aus öffentlich der Vorwurf der Untreue erhoben. Er strengte einen Belästigungsprozess an, den er glänzend verlor. Nahezu 1 1/2 Jahre schleppte er den Prozess hin, bis dem Gericht die Sache doch zu bunt wurde und es zur Verhandlung kam. Dabei stellten sich recht erbauende Dinge heraus. Der Syndikus Ernst stand insgeheim mit einem gegnerischen Verlag in Verbindung und gegen ein Monatsgehalt von 1000 Mark vertrat er die Interessen des gegnerischen Verbandes gegen die eigenen Leute. Vom Gericht wurde seinerzeit der Wahrheitsbeweis als von dem Hamburger Beklagten erbracht angesehen und der Beklagte freigesprochen. Das also ist der Syndikus Ernst, der auch jetzt wieder vor einer Behörde erscheinen muß, um sich gegen die schwerwiegenden Vorwürfe, die man gegen ihn erhebt, zu äußern. Ernst wird von Pöhlig des Betruges und ähnlicher Vergehen bezichtigt. Was an diesen Beschuldigungen ist, wird sich

in den nächsten Tagen herausstellen. Ernst hat inzwischen seinen Posten als Syndikus des Reichsverbandes der deutschen Buchmacher niedergelegt.

Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß Herr Ernst die Redaktion eines Berliner Rechtsblattes aufsuchte und recht beleidigt fragte, warum man denn gegen ihn so hart vorgehe? Ein mehr als sonderbares Verhalten, das zu allerlei Raumhungen Anlaß gibt.

Wilde Buchmacher und Polizeibeamte.

Kriminalbeamte als erste Zeugen.

Auf den Plätzen im Großen Schurmergerichtsfaal des neuen Kriminalgerichtsgebäudes, auf denen mochenlang hübsch nummeriert die Hellborn-Brüder saßen, sitzen nun bereits seit einer Woche die wilden Herren Buchmacher, ihre Spanner und dienstbestimmten Polizeibeamten.

Gestern kamen aber die drei Kriminalbeamten zu Worte, die das Treiben der Buchmacher und ihrer dienstfertigen Helfer auf den Kennplätzen zu beobachten hatten. Man beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem nationalsozialistischen Schupowachtmeister a. D. Damm. Die Beamten hatten ausreichende Zeit und Gelegenheit, festzustellen, wie der Nazi-Damm sich an künstlichen Kennplätzen eifrig mit den Polizeibeamten unterließ, wie er von den Buchmachern Geld einstufte und es den Beamten übergab, und wie er sie von ihren Beobachtungsposten fortjagte. Neben Damm spielt in diesen Auslagen auch ein Schwager, der Oskar Plesner eine Rolle. Damm findet für alles harmlose Erklärungen. Mit den Beamten hat er nur private Gespräche geführt. Auf den Kennplätzen hat er sich aus Leidenschaft für das Rennen und aus Lust für das Wetten aufgehalten. Damm verfügte auch über einen gefälschten Polizeiausweis, behauptet aber, von ihm keinen Gebrauch gemacht zu haben; er sei stets so durch die Sperre gekommen und das einzige Mal, als man den Ausweis habe sehen wollen, sei er umgekehrt.

Die Beweisaufnahme verspricht äußerst langwierig zu werden. Die Buchmacher verlangen von der Staatsanwaltschaft, daß man jedem von ihnen klipp und klar nachweist, wann und wo sie Buch gemacht haben. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Haben sie sich nicht mit Buchmacherei befaßt, so werden die anderen Dinge, die sie getrieben und von denen sie sich ernährt haben, wohl sehr einträglich gemessen sein. Jedenfalls sieht der größte Teil von ihnen recht wohlgenährt aus; mager blieb nur der Steuerfädel...

Rafete als Retter.

Fischer in Eisnot.

Mit Hilfe des Raketenapparates der Rettungsgastion Allden der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wurden im Kurischen Haff zwei Fischer gerettet, die mit ihrem Schleifschiff seit 48 Stunden in einem Eisfeld eingeschlossen waren, so daß alle Versuche der Alldener Fischer, die Verbindung aufzunehmen und Hilfe zu bringen, vergeblich gewesen waren. Der im Alldener Rettungsschiff befindliche Raketenapparat wurde daher auf den von der Hafendirektion zur Verfügung gestellten flotschischen Dampfer „Reef“ gebracht, der zunächst versuchte, durch das 1 bis 1,5 Meter starke Eis zu den Fischern vorzustoßen. Der Packeisgürtel verhinderte jedoch das weitere Heranarbeiten, so daß der Vormann der Station den Versuch unternahm, sich auf Brettern über das Eis hinweg zu den Fischern vorzuschleichen. Auch dieser Versuch mißglückte. Etwa 30 Meter von dem Kahn entfernt gelang der Vormann plötzlich in den Eisfurchen und konnte sich nur mit großer Mühe und mit Hilfe der mitgenommenen Bretter auf tragfähige Eisfurchen retten. Schließlich gelang es dem Dampfer „Reef“, sich auf 200 Meter an den feststehenden Kahn heranzuarbeiten und von hier aus mit dem Raketenapparat eine Seile zu den Schiffbrüchigen hinüberzuschleichen. Trotz des kalten Westwindes, Windstärke 6—7, gelang der Raketenapparat, so daß eine Schlepperverbindung hergestellt werden konnte, und der Kahn mit seinen Insassen über den etwa 170 Meter breiten Packeisgürtel hinweg ins offene Meer geschleppt werden konnte.

Die geretteten Fischer waren völlig erschöpft und ausgehungert und verdanken ihre Rettung aus Eisnot hauptsächlich dem Kühnen und energischen Eingreifen des Vormannes der Station Allden der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Belgischer Dampfer gestrandet.

Drei Matrosen ertrunken.

London, 16. Februar.

Der belgische Dampfer „Jeanne“ wurde in der Nähe von Whitby auf Strand getrieben. Die Mannschaft von 14 Personen versuchte, das Land in einem Rettungsboot zu erreichen, das jedoch infolge des heftigen Sturmes kenterte. Drei Mitglieder der Besatzung ertranken, während die anderen sich schwimmend an Land retten konnten.

Der Geldschrank im Rinnstein.

Gestern früh machten einige Straßenreiner einen merkwürdigen Fund. In der Rübendörfer Straße — gegenüber der „Plaza“ — entdeckten sie im Rinnstein einen Geldschrank, der etwa die Ausmaße von 80 mal 80 Zentimeter hat. Der Schrank war ausgebrochen. Man benachrichtigte die Polizei. Anscheinend ist der Geldschrank irgendwo von Einbrechern gestohlen und — weil er ihnen beim Transport sicherlich zu schwer wurde — dort am Rinnstein abgesetzt worden. Der Besitzer des Schrankes konnte bisher noch nicht ermittelt werden. In zwei anderen Fällen, in denen man einmal im Tegeler Forst und im Grünwald einen Geldschrank fand, konnte man auch nicht feststellen, wem die Schränke gehörten. Die Polizei hat Nachforschungen eingeleitet.

Kinijähriger vermißt.

Seit dem 14. d. M. wird der fünfjährige Sohn des Kaufmanns Moritz aus der Reichenberger Straße 110 vermißt. Der Kaufmann hatte mit seiner Familie am Sonntag einen Ausflug gemacht und hatte ein Lokal am Sportdenkmal in Grünau aufgesucht. Die Familie blieb hier bis gegen 8 Uhr und wollte dann aufbrechen. Während sich die übrigen Familienmitglieder noch anjagten, war der kleine Leo, ein munteres Kind, schon ausgepfungen, hatte sich schnell seinen Mantel übergezogen und war auf die Straße gelaufen. Als die Eltern jetzt nachkamen, war der Kleine spurlos verschwunden. Man rief nach dem Jungen, jedoch ohne Erfolg.

Der Heimaikalendar für den Bezirk Friedrichshain ist unter der Redaktion von W. P. Liebrandt auch in diesem Jahr wieder herausgegeben und enthält eine Menge beachtenswerter Beiträge. An erster Stelle eine soziale Studie über den Osten Berlins aus der Feder des Bürgermeisters Kießig, ferner Beiträge von Stadtrat Günther, Oberschulrat Blesig, Stadtmann Schlemmer, Stadtjugendpfleger Kohler und andere. Der Beitrag von Magistratsrat Dr. Wör über die Rückzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen wird besonders interessieren.

Einheitsfront, schon fast überleben. An den Berliner Anschlagfäden laden Plakate zu einer Versammlung mit dem Thema „Einheitsfront gegen imperialistische Kriegsgefahr und Falschismus tut not.“ Dann weiter: „Es sprechen: Seligwasser, S.P., Böge, A.P.D., Wenig, Einheitsbund.“ — Das ist schon eine Lieber-Einheitsfront, das ist fast Dreieinigkeit! Drei Spötter, die sich selber untereinander nicht zu einer Partei einigen können, sprechen nach Einheitsfront. Spottet ihrer selbst und wissen nicht mal!

Wiederholung: Die nächste Rückzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen durch die Stadtverwaltung Berlin am Sonntag, dem 21. Februar, um 10 Uhr, im Saal des Sportdenkmals in Grünau. An diesem Tage werden die Rückzahlungen an die Wohlfahrtsunterstützten gegeben. Es ist ein sehr wichtiger Tag für die Rückzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen. Die Rückzahlung beginnt um 10 Uhr auf dem Sportdenkmal, Saal des Sportdenkmals. Die Rückzahlung beginnt um 10 Uhr auf dem Sportdenkmal, Saal des Sportdenkmals.

Wiederholung: Die nächste Rückzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen durch die Stadtverwaltung Berlin am Sonntag, dem 21. Februar, um 10 Uhr, im Saal des Sportdenkmals in Grünau. An diesem Tage werden die Rückzahlungen an die Wohlfahrtsunterstützten gegeben. Es ist ein sehr wichtiger Tag für die Rückzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen. Die Rückzahlung beginnt um 10 Uhr auf dem Sportdenkmal, Saal des Sportdenkmals.

Eiserne Front!

Unsere heiligen Veranstaltungen

Mittwoch, den 17. Februar:

- Bornau: 20 Uhr, Volkshaus „Ballvue“, Redner: Polizeinspektor Ernst Hildebrandt, Berlin, und Rechtsanwalt Dr. Jäger, Berlin.
- Besirksamt Köpenick: 19 1/2 Uhr, Gesangssaal der 6. Volksschule, Borgmannstr. 2. Redner: Erich Kuttner, MdL.
- Stadtgut Hellersdorf: 15 Uhr, Redner: Genosse Heymuth.
- Angestellte und Handelsarbeiter der Firmen Tietz, Frankfurter Allee; Tietz, Andreasstraße; Epa, Frankfurter Straße 122. 19 1/2 Uhr, Schmidt's Gesellschafterhaus, Fruchtstraße 36a. Redner: Dr. Richard Lehmann, MdL.
- Angestellte der Privatversicherung: 17 Uhr, Schlaraffsalon, Enckestraße 4. Redner: Ernst Hellmann, MdR.
- Betrieb Felbisch: 16 Uhr, Lokal Wolfram, Am Treptower Park 20. Redner: Parteisekretär Georg Buchmann.
- Gaswerk Lichtenberg: 15 1/2 Uhr, im Flußbad Lichtenberg, Köpenicker Chaussee 63a. Redner: Karl Dressel, Parteisekretär.
- Gaswerk Danziger Straße: 16 Uhr in der Koksbarse, Danziger Straße. Redner: Max Heydemann.
- Gaswerk Neukölln und Instar: 16 Uhr, Lokal Canner-Ecke Niemetzstraße. Redner: Stadtrat Raddatz.
- Zentralwerkstatt der Gaswerke: 15 1/2 Uhr, Lokal Lehnert, Mühlenstraße 88. Redner: Georg Maderholz, MdL.
- Bowag: 17 Uhr, in den Germaniasälen, Chausseestraße 110. Redner: Johannes Stelling, MdR.
- Niles & Argus-Motoren: 16 1/2 Uhr, Lokal „Zur Wartburg“, Reinickendorfer-Ost, Kopenhagener Straße 79, am Bahnhof Reinickendorfer-Rosenthal. Redner: Gottlieb Reese.

Wir stoßen vor! Wir greifen an!

Charlottenburger Wasser.

Die Stadt Berlin soll schuld sein, daß es so teuer ist.

Die Direktion der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke Aktiengesellschaft, unterzeichnet von Jellisch und Blach, sendet uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes folgende Berichtigung zu unseren Ausführungen in Nr. 67 vom 10. Februar 1932. „Preise noch viel zu hoch“: 1. Es ist unrichtig, daß unsere Gesellschaft gegenüber dem Einheitspreis der Berliner Städtischen Wasserwerke von 25 Pf. für jeden Kubikmeter einen Wasserpreis von 34 Pf. und daneben eine Verwaltungsgebühr von vierteljährlich 4,76 M. von jedem Benutzer erhebt. Richtig ist vielmehr, daß unsere Gesellschaft auf Grund ihres Statutens neben der erwähnten Verwaltungsgebühr vierteljährlich für die ersten 100 Kubikmeter 34 Pf., für den weiteren Verbrauch bis 300 Kubikmeter 19 Pf. und für den Verbrauch über 300 Kubikmeter 14 Pf. für den Kubikmeter berechnet. Im Durchschnitt sämtlicher von unserer Gesellschaft verkauften Kubikmeter liegt der sich aus diesem Statutens ergebende Preis „für jeden Kubikmeter“ unter dem Einheitspreis der Berliner Städtischen Wasserwerke von 25 Pf. 2. Es ist unrichtig, daß unsere Gesellschaft selbstherrlich die Bezahlung eines Mindestverbrauchs von 12 Kubikmeter vierteljährlich verfügt. Richtig ist vielmehr, daß die Bezahlung dieses Mindestverbrauchs in den zwischen der Stadt Berlin und uns bestehenden Konzessionsverträgen vorgeschrieben ist.

Was wir gesagt haben, stimmt durchaus, und die Berichtigung der Charlottenburger Wassermänner ist nichts weiter als eine formale Einschränkung dessen, was wir sagten, die uns aber gerade dadurch die erwünschte Gelegenheit bietet, nachzuholen, was wir vor einer Woche noch nicht sagten, nämlich daß der Tarif der Charlottenburger wie kein anderer unsozialer Charakter trägt. Und gerade die Berichtigung löst das Unsoziale der Charlottenburger Tarife in greulichem Licht erscheinen. In der Tat, jeglicher Verbrauch von 0,0 Kubikmeter bis zu 100 Kubikmeter Wasser kostet je Kubikmeter 34 Pf., und jeder darüber hinausgehende Verbrauch kostet bis zu 300 Kubikmeter nur noch 19 Pf., mit anderen Worten: Die Kernfamilien und Kleinsten haben die teuersten Preise zu zahlen. Denn

selbst der Kleinstbiller mit 600 Quadratmeter Land wird im Sommer nicht so viel Wasser verbrauchen, daß er in den Genuss der billigen Tarife kommt. Höchstens der Erwerbsgärtner und die Besitzer großer Villengrundstücke profitieren von den bei Großverbrauch billigen Tarifen. Da will es in der Tat nichts, rein gar nichts belegen, wenn die Statistiker dieser Gesellschaft ihren erfreuten Direktoren vorrechnen und beweisen, daß die Preise der Gesellschaft im Durchschnitt sogar noch unter dem Einheitspreise der Berliner Städtischen Wasserwerke liegt. Die Charlottenburger Wassermänner haben denn auch gar nicht bestritten, daß der Verbraucher bei den Städtischen Werken für 8 Kubikmeter nur 2 M. zahlt, während er bei den Charlottenburger Werken einen Mindestverbrauch von 12 Kubikmeter mit 4,85 und eine Extraverwaltungsgebühr von 4,75 M. zusammen 8,84 M. zahlen muß, wodurch also, wie wir behauptet hatten, ein Preis von 1,10 M. für den Kubikmeter Wasser bei den privatwirtschaftlichen Charlottenburger Wasser- und Industriewerken eintritt. Damit aber nicht genug, wird uns aus Siedlerkreisen mitgeteilt, daß Siedler, die im Herbst und Winter nicht in ihren Gärten wohnen und infolgedessen nicht einen Tropfen Charlottenburger Wasser verbrauchen, den Charlottenburger Wassermännern trotzdem pro Vierteljahr 8,84 M. Mindestgebühr zahlen müssen.

Die Charlottenburger weisen schließlich darauf hin, daß sie an der Bezahlung des Mindestverbrauchs vollkommen unschuldig sind, da diese Bezahlung in den zwischen der Stadt Berlin und ihnen bestehenden Konzessionsverträgen vorgeschrieben sei.

Schweinezählung. Am 1. März 1932 findet auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit den Landesregierungen die nächste Zählung der Schweine und nicht beschlachtungspflichtigen Hauschladungen an Schweinen für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 29. Februar 1932 statt.

Schmitt schwer belastet.

Eine Sensation im Sklarek-Prozess.

Die gestrige Verhandlung des Sklarek-Prozesses wurde zu einem schwarzen Tag für den Stadtbauamtsdirektor Schmitt, der außerordentlich schwer von dem Zeugen Stadtbauamtsmann Hoge belastet wurde.

Han erörterte die Vorgänge, die sich am 25. September 1929, also einen Tag vor der Verhaftung der Sklareks, in der Stadtbauamt abgepielt haben. Stadtbauamtsmann Hoge schilderte, daß Obermagistratsrat Brandes, der Leiter der Hauptprüfungsstelle, der die Revisionen vornahm, nachdem schon bei den Bezirksämtern Unregelmäßigkeiten entdeckt worden waren, morgens in das Dienstzimmer kam und bei Hoge sämtliche Akten beschlagnahmte. Stadtbauamtsdirektor Schmitt sei, als die Akten bereits aufgestapelt auf dem Tisch lagen, ins Zimmer gekommen, habe ihn, Hoge, aufgefordert, das Zimmer zu verlassen und dann mit Obermagistratsrat Brandes eine Unterredung gehabt. „Am Laufe des Vormittags“, so befandete Hoge weiter, „wurden dann von den Sklareks wieder Schecks eingereicht, auf die sie Geld haben wollten. Ich ging zu Stadtbauamtsdirektor Hoffmann, um eine Anweisung zu holen, er sagte aber, er könne mir keine geben, ich solle mich an Direktor Schmitt wenden. Schmitt sagte mir: „Es ist bisher nichts Positives festgestellt worden.“

Entweder hat Schmitt hinzugefügt, „es muß alles beim alten bleiben“ oder „Sie können zahlen“. Daraufhin habe ich die Zahlung geleistet.“ Vorl.: „Wieviel haben Sie denn ausgezahlt?“ Hoge: „400 000 Mark.“

Amtsgerichtsrat Rehner hielt Direktor Schmitt die Aussage Hoges vor, die sich im Gegensatz zu den bisherigen Befundungen Schmitts befindet. Obermagistratsrat Brandes hat doch bei dieser Unterredung gesagt: „Es liegt ein Betrag von mindestens 800 000 Mark vor, resten Sie, was zu retten ist.“ Schmitt: „Diese Besprechung ist erst später gewesen.“ Rechtsanwält Dr. Bindar (zu Schmitt): „Die Akten waren bereits beschlagnahmt, die Revisionen waren im Gange, Obermagistratsrat Brandes hatte mit Ihnen gesprochen.“

Einen Tag vor der Verhaftung der Sklareks geben Sie noch eine Anweisung auf Auszahlung von 400 000 Mark??

Schmitt: „Ich habe von der Beschlagnahme der Akten keine Kenntnis gehabt, ich bin erst später ins Zimmer gekommen.“ Dr. Bindar: „Und was hat Brandes zu Ihnen im Zimmer von Hoge gesagt?“ Schmitt: „Das weiß ich nicht mehr.“ (Bewegung.) Ein Beisitzer, der Berichterstatter des Gerichts, hielt Schmitt dann seine frühere Aussage vor, worin er zugegeben hat, Brandes habe ihm gesagt, er halte die Sklareks für die Täter, worauf Schmitt gemeint habe, daß er das angesichts des großen Ansehens der Sklareks nicht glauben könne und Brandes diese Meinung sehr leicht Schaden bringen könne. Rechtsanwält Dr. Bindar: „Dem Mann, der hier endlich durchgreifen will, versuchen Sie hier noch in den Arm zu fallen.“

Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag, den 18. Februar, vertagt. Es erfolgt die Vernehmung des Stadtbauamtsdirektors Schröder.

Befreiung von der Bürgersteuer.

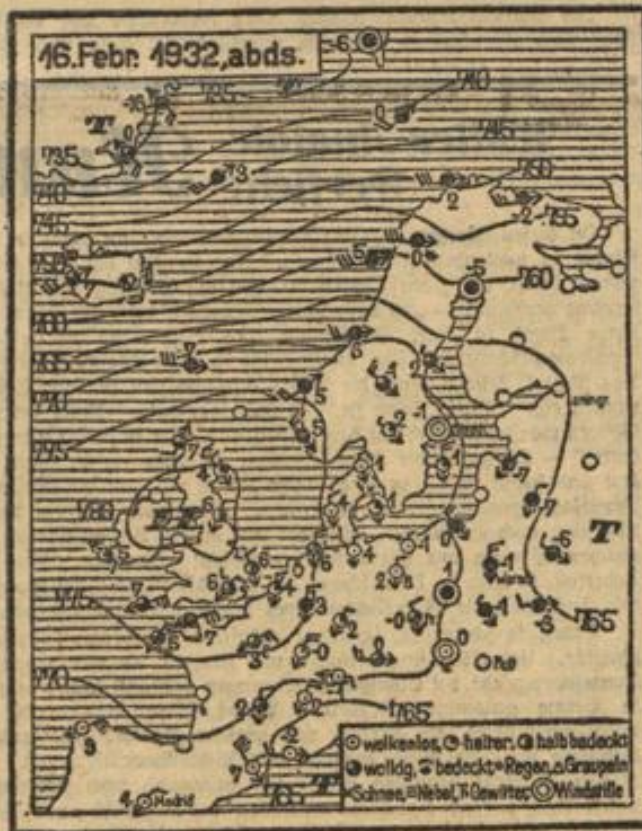
Eine zu hohe Veranlagung zur Bürgersteuer erfolgt vielfach dadurch, daß das ganze Bruttoeinkommen von 1930 zugrunde gelegt wird. Nach § 8 Absatz 4 der Verordnung zur Durchführung der Bürgersteuer 1931 vom 1. Oktober 1931 sind bei allen Einkommen bis zu 10 000 M. der steuerfreie Einkommenanteil und die Werbungskosten und Sonderleistungen vom Bruttoeinkommen abzuziehen. In allen Fällen, wo 1930 schon eine Steuerpflicht bestand, kommen also die Jahreslöhne in Abzug. Das macht bei Lohnsteuerpflichtigen 720 M. steuerfreier Einkommenanteil und 500 M. für Werbungskosten und Sonderleistungen, im ganzen 1220 M. Wenn dieser Betrag vom Bruttoeinkommen abgezogen wird, dürften viele Arbeiter von der Bürgersteuer ganz befreit sein, insbesondere dann, wenn das Jahreseinkommen von 1930 durch Arbeitslosigkeit noch geschmälert war. Aber auch von den Arbeitern und Angestellten mit regelmäßigen Einkommen dürften viele um eine Stufe zu hoch veranlagt worden sein. Es müßte daher jeder an Hand der im „Wahlrechts“ Nr. 9 vom 7. Januar 1931 veröffentlichten Tabelle nachprüfen, ob er richtig veranlagt worden ist.

Der „gestohlene“ Geldschrank. Das Schöffengericht Schönberg rekurrierte den Gastwirt Leo Polzjeda wegen verübten Versicherungsbetruges — er hatte einen Einbruch vorgetäuscht — zu einem Jahr Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust.

„Jubiläum“ erschwindelt Kuchen.

In den letzten Tagen sind zahlreiche Bäckereien im Südwesten Berlins durch einen gewissen Schwindler geschädigt worden. Um die Mittagszeit erscheint der Betrüger in den Geschäften und erzählt, daß er Jubiläum habe. Er bestellt dann eine größere Menge Kuchen und gibt meistens einen kleinen Betrag in der Höhe an. Wenn die Bedienten der Bäckereien dann an der bezeichneten Stelle mit der bestellten Ware erscheinen, kommt ihnen der „Jubiläum“ schon entgegen, nimmt den Kuchen in Empfang und sagt, daß er gleich zum Bezahlen herüberkommen würde. Auf diesen Trick sind bisher alle Bienen hereingefallen. Besten nachmittags hatte sich der Schwindler zwei Bäckereien in der Lindenstraße ausgelacht, wo er denselben Trick anwandte. Diesmal war er „Vergoldet“ in einem Betrieb in der Lindenstraße 15. In einem Falle eroberte er für 5 Mark und im anderen Falle für 18 Mark Kuchen.

Allgemeine Wetterlage.



Im Bereich des trockenen nördlichen Luftstromes an der Ostseite des starken, mit seinem Kern über England befindlichen Hochdruckgebietes, bestand am Dienstag fast in ganz Deutschland trockenes und in der westlichen Hälfte des Reiches vielfach heiteres Wetter. Die Temperaturen lagen im Osten am niedrigsten und im Westen am höchsten; dort stieg das Thermometer stellenweise sogar bis 7 Grad, während es im Osten nur etwa 0 Grad zeigte. Das erwähnte Hoch breitet sich jetzt langsam nach Osten aus. Damit dürfte der herrschende Bitterungscharakter auch in den nächsten beiden Tagen noch fortbestehen.

Wetterausblick für Berlin: Trocken und vielfach heiter, nachts leichter Frost, am Tage Temperaturen über Null, schwache nördliche Winde. — **Für Deutschland:** Nirgends nennenswerte Niederschläge; im Osten noch vielfach mäßig; im übrigen Reich meist heiter. Tagestemperaturen über Null.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**
Gesellschaftliche: Berlin S 14, Seebödenstr. 37-38, Hof 222
Friedrichshagen, Kameradschaft: Waidmannsplatz 17, Freitag, 19 Uhr, Kameradschaftsversammlung der Kameraden, Redner: Ein. W. — **Verband (Gewerkschaft)**, Mittwoch, 17. Februar, 19 Uhr, Volkshaus Gesellschaftshaus, Berlin S 14, Humboldtstr. mit Aufbruch.
- Reichsbund der Arbeitsbeschäftigten, Arbeitslosen und Arbeitslosen-Mitglieder**, Ostgruppe: Köpenick 14, Donnerstag, 18. Februar, 20 Uhr, Arbeitslosenversammlung in den Carlshofhöfen, Hauptallee 15, Redner: Sekretär des V.V. — **Verband** des V.V. — **Verband** des V.V. — **Verband** des V.V.
- Kameradschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin (1927)**, Gesellschaftliche: S 14, Prinzenstr. 61, Donnerstag, 18. Februar, 20 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 45, Wilhelm-Heinrich-Abend verbunden mit hoch- und plattdeutschen Vorträgen, anschließend Kameradschaftsversammlung.

Deutscher Arbeiterverband C. U. Gruppe 7 und 8 Weßling, Freitag, 18. Februar, 20 Uhr, Vorführung des Films „Kamerad und Kameradin“ in den Kammersaal, S. 20, Kochstr. 1, bei am Freitag, dem 13. Februar, nicht aufgeführt werden konnte.
Arbeiter-Abteilungs-Verein, Gruppe Köpenick, Donnerstag, 18. Februar, 20 Uhr, in der altösterreichischen Gesellschaft, Köpenicker Straße 100, Freitag, 19. Februar, 17 bis 19 Uhr, Danziger Straße (Schule), „Libereco“, Freitag, 19. Februar, 17 bis 19 Uhr, Danziger Straße (Schule), Temo: Legado el nia nova gazeto „Amikco“, Ne forgesu kumporti gazetojn.

Gewinnauszug
5. Klasse 33. Preussisch-Sächsischer Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lots gleiches Nummern in den beiden Abteilungen I und II

7. Ziehungstag 16. Februar 1932
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M.	150463
2 Gewinne zu 10000 M.	328502
16 Gewinne zu 5000 M.	32854, 163887, 241228, 327261, 300416
8 Gewinne zu 3000 M.	111690, 232478, 309337, 341401
28 Gewinne zu 2000 M.	3391, 44800, 64268, 69681, 84165, 91025
121853, 132834, 152343, 200810, 236047, 301009, 372835, 376115	
60 Gewinne zu 1000 M.	8590, 8651, 17649, 24823, 33782, 40673, 47710
51402, 69867, 59332, 77261, 79224, 87782, 108493, 110327, 114418, 123239	
123913, 136459, 140809, 140941, 159428, 169229, 169229, 200842, 205314	
208884, 227789, 234955, 239105, 282753, 285302, 314310, 316352, 337335	
354989, 359753, 376789, 382801, 387260	
180 Gewinne zu 500 M.	4995, 5490, 13164, 16018, 26019, 30925, 40173
43204, 50737, 63037, 63112, 65972, 70459, 75591, 78104, 85933, 86344	
105524, 107425, 114121, 115795, 117834, 116600, 130387, 132238, 135444	
137949, 138504, 138243, 143223, 153248, 168814, 170018, 174834, 178421	
181683, 182992, 183000, 200872, 210375, 210417, 220257, 220001, 237711	
245430, 250779, 252555, 257856, 258907, 284223, 284401, 284881, 286185	
287148, 287818, 32424, 288952, 288989, 284838, 294748, 301265, 307330	
305167, 308303, 309288, 311850, 312452, 314279, 316000, 329300, 331422	
333432, 333668, 334299, 331828, 349228, 357160, 331894, 342375, 343075	
347238, 352463, 354633, 384679, 370249, 370832, 372116, 376544, 383171	
383991	

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M.	392153
2 Gewinne zu 10000 M.	83498
16 Gewinne zu 5000 M.	39493, 63155, 182471, 210618, 292240, 300707
32403, 387977	
14 Gewinne zu 3000 M.	26574, 119077, 168282, 170721, 315793, 339994
362954	
68 Gewinne zu 2000 M.	23879, 38247, 51564, 80534, 142535, 145463
188256, 193398, 208177, 226319, 225438, 231769, 232169, 235350, 238116	
248458, 249709, 249989, 250090, 257289, 303277, 303991, 309277, 316324	
321870, 324398, 334692, 384507	
112 Gewinne zu 1000 M.	2382, 14795, 16839, 46117, 52079, 58427, 58482
59581, 63317, 64883, 73904, 79504, 74162, 75271, 89428, 89785, 101798	
112132, 114181, 139113, 143203, 145198, 145168, 153358, 158769, 162672	
171380, 178137, 178823, 183347, 184335, 188049, 188762, 192055, 205714	
218617, 235221, 238582, 327002, 349293, 353378, 375771, 391484, 395808	
280507, 287288, 288316, 284418, 242688, 350310, 353307, 353313, 374400	
377795, 391652, 398921	
204 Gewinne zu 500 M.	1074, 2724, 2959, 3209, 13154, 15082, 24931
27929, 28081, 35048, 37203, 37520, 38350, 41253, 41451, 43128, 44253	
54582, 55454, 57678, 58813, 64008, 60091, 67282, 61952, 66289, 67884	
91837, 91762, 95926, 100816, 108654, 110934, 113993, 115855, 118302	
139990, 142778, 148532, 145493, 143351, 157201, 149588, 159847, 200331, 204626	
167924, 164856, 169319, 183121, 181701, 213745, 216207, 218372, 218844, 216618	
209226, 210480, 210851, 212515, 213510, 239237, 233468, 230401, 231224	
220598, 225640, 238228, 229715, 231510, 239237, 233468, 230401, 231224	
282170, 276404, 287934, 289180, 288897, 288909, 292465, 298889, 299539	
304665, 305904, 312594, 324655, 331384, 338770, 347440, 355712, 355730	
350093, 350529, 352563, 354491, 365368, 367992, 377014, 377898, 381803	
386033, 395510, 398389	

In Gewinnrade verbleiben: 2 Prämien je zu 50000 M., 2 Gewinne zu je 5000 M., 2 zu je 8000 M., 2 zu je 2000 M., 4 zu je 10000 M., 4 zu je 7000 M., 10 zu je 5000 M., 20 zu je 2000 M., 148 zu je 1000 M., 870 zu je 500 M., 706 zu je 300 M., 2211 zu je 200 M., 4523 zu je 100 M., 7338 zu je 50 M., 22.44 zu je 400 Mark.

Ein Preis, den noch kein Haus bisher bieten konnte

P. Reiser
Für Herren 48-46
Kamelhaarartiger Schnallenstiefel mit Filz- u. Ledersohle

Kurune: Der Mann ohne Gesicht

In einem regnerischen Abend stand das Mädchen Anna wieder auf der Straße. Im Schein der Laterne konnte man sie für jung und hübsch halten, obwohl ein unsicheres, früh aus der Bahn geschleudertes Leben genügend Spuren in ihrem Gesicht hinterlassen hatte. Sie war indessen nicht älter als 29 Jahre. Ihre Garderobe verleierte eine gewisse Eleganz vorzutäuschen, wobei das matte, verblasene Licht der Straßenlampe gute Dienste leistete. In dem Mantel mit dem großen Pelztragen aber steckte ein armseliges Figürchen, ein bedauernswertes Weibchen. Das Mädchen Anna — wir müssen jetzt endlich davon sprechen, wenn es der Leser noch nicht erraten konnte — das Mädchen Anna stand an diesem Abend auf der Straße, um für drei, fünf, zehn Mark ihre „Liebe“ an vorübergehende Männer zu verkaufen.

Heute aber hatte sie wenig Glück. Sie stand schon zwei Stunden hier an der Ecke und konnte keinen Vorübergehenden zum Willkommen bewegen. Ihr leiser, schüchtern Anruf verflocht seine Wirkung. Vergeblich reichte sie den kleinen Kopf aus dem großen Pelztragen lächelnd den Männern zu. Man kamte an ihr vorüber. Es regnete immer noch, wenn auch nicht sehr stark. Ab und zu suchte das Mädchen Anna Unterschlupf in einem Hausvorhang. Sie sah melancholisch in den Regen und betrachtete manchmal prüfend ihre Leberstube, die wohl an einer Stelle defekt waren und Wasser zogen. Dann trat sie plötzlich, als hätte sie bereits etwas verkauft, rasch wieder auf die Straße hinaus.

Zuerst kam ein Mann, der steif und stumm an ihr vorüberging und die Lippen angeleckt verzog. So etwas bemerkte das Mädchen Anna sehr gut, sie hatte einen besonderen Blick dafür, nahm aber solche Beweise persönlicher Antipathie nicht mehr tragisch. Sie stand schon zu lange außerhalb des Kreises, dem der Mann angehörte.

Ein Betrunkener kamte sie fast um.

Dann blieb ein jüngerer Mensch bei ihr stehen, ein Arbeiter ohne Scheinbar, der eine Hand in der Manteltasche hielt und mit Geld klumperte, als würde er schnell noch seine Barschaft überzählen, aber es reichte nicht. Als er langsam weiterging, wollte sie ihn schon zurückrufen, doch da tauchte ein anderer Mann auf, der gut gekleidet war und ihr nicht uninteressiert entgegenah. Als er bei ihr stand, bemerkte das Mädchen Anna an seinem linken Ringfinger einen goldenen Ring, er war also verlobt. Sie hatte es sich längst abgewöhnt, über solche Zufälligkeiten — sie sagte auch „Neuerlichkeiten“ — nachzudenken. Sie hatte schon ganz andere Bekanntschaften als mit Verlobten gemacht.

„Es ist nicht weit...“ sagte das Mädchen Anna leise, „dort drüben das Haus.“

Der Mann atmete schwer, dann schüttelte er den Kopf und ging weiter.

„Ein Treuer,“ dachte sie achselzuckend.

Der Regen hatte inzwischen ganz nachgelassen. Aus dem kleinen Café drüben kam ihre Kollegin Raja. Ihr heller Pelz stand noch eine Weile an der Ecke, dann war er auf einmal verschwunden. Das Mädchen Anna aber stand immer noch an der alten Stelle.

Jetzt kam der Mann ohne Gesicht.

Das Mädchen Anna öffnete den Mund zu gewohntem Anruf, brachte aber kein Wort hervor. Der Mann hatte den Kopf völlig bandagiert. Selbst die Nase war verbunden. Nur für Mund und Augen waren Öffnungen gelassen. Gespensterhaft weiß leuchtete der so bandagierte Kopf des Mannes im Straßenlicht. Vergebens bemühte sich ein breittrempeliger Hut, die sonderbare Gesichtshülle zu verbeden. Das Mädchen Anna wollte den Mann vorübergehen lassen, weil ihr jeder Versuch einer Annäherung hier wenig lohnend erschien, auch hielt sie ein dumpfes Gefühl zurück. Der Mann erinnerte unheimlich an Operationsstühle.

Doch er blieb jetzt vor ihr stehen und sah sie an. Die beiden Öffnungen unter der bandagierten Stirn sahen sie an. Es war unangenehm, in diese Augen zu sehen. In der unteren Öffnung bewegten sich jetzt die Lippen zu einem Gruß, einer Frage.

Das Mädchen Anna nannte eine Zahl.

Er bewegte zustimmend den bandagierten Kopf. Jetzt hätten sie gehen können, doch das Mädchen Anna, von einer sonderbaren Scheu ergriffen, stand noch überlegend da und nannte plötzlich eine höhere Zahl.

Es dauerte nur Sekunden, bis der bandagierte Kopf wieder nickte.

Da gingen sie... .

Im Zimmer sah der Mann schon weniger unheimlich aus. Sein Baden klang sogar angenehm. Er strich ihr öfter zärtlich über das Haar und schien glücklich zu sein, sie neben sich zu wissen. Er war höflich und behandelte sie in einer diskreten Weise, die sie von anderen Männern noch nicht erfahren hatte. Sie hatte sich schon an die seltsame Umhüllung seines Gesichts gewöhnt. Sie betrachtete die Lippen, wenn der Mann sprach und überlegte, ob man sie küssen könnte. Manchmal hatte sie diesen Wunsch, der Mann hatte rasch ihr Vertrauen erworben, er war ihr wie ein alter Bekannter, obwohl sie nicht einmal seinen Namen wußte und nie sein Gesicht gesehen hatte.

„Was hast du da eigentlich?“ fragte sie neugierig.

Er wandte jetzt instinktiv das Gesicht ab. Die Hand, mit der er noch immer nachdenklich über ihr Haar strich, rutschte schlaff in ihren Nacken. Er lag still da, ohne zu antworten, und sie hatte die Vorstellung, daß seine Augen aus den Öffnungen des Verbandes quellen.

„Krebs!“ sagte er plötzlich.

Sie schrak doch etwas zusammen, aber ihre Reugierde, vielleicht war es auch Teilnahme — siegte über ihre Furcht.

„Trägst du immer diesen Verband?“

„Immer!“ antwortete der Mann.

Dann richtete er sich vor ihr auf und sah sie an. Sie spürte seinen Blick wie kalte Luft.

„Immer!“ schrie er beinahe. „Wenn du mein Gesicht sehen würdest, könntest du hier nicht mehr neben mir liegen.“

„So schlimm wird es nicht sein,“ wollte sie beschwichtigen, doch ihr Herz schlug schneller.

„Ich selber kann es nicht sehen, ohne Grauen zu fühlen,“ sagte er. „Du würdest schreien.“

„Ich würde nicht schreien. Du warst so gut zu mir, deine Hände, deine Stimme, alles kommt mir so vertraut vor, wie nie bei einem Mann. Ich würde nicht schreien. Bleibst du weinen.“

„Weinen?“ flüsterte der Mann mit dem von Krebs zerfressenen, bandagierten Gesicht. „Du?“

„Wieviel kostet das?“ lechzte er dann bitter hinzu.

„Jetzt bist du, wie sie alle waren,“ sagte das Mädchen Anna leise.

Er war unwillig, unzufrieden. Mit sich selbst. Er hielt sein Mißtrauen für eine besonders Bosheit, und doch schien ihm diese Bosheit die einzige Rettung. Zugleich erfüllte ihn eine fremde Zärtlichkeit für das seltsame Mädchen Anna.

„Nicht böse sein,“ flüsterte er gutmütig. Seine Hand strich wieder über ihr Haar.

Sie lag aber schmolend auf der Seite. Sie dachte angestrengt an irgend etwas. Ihre Wangen hatten eine unnatürliche Röte. In ihre Augen kam ein unruhiger Glanz.

„Nicht böse sein,“ wiederholte er besorgt.

„Nimm den Verband ab!“ sagte sie leise, während sie den Atem anhielt.

Er war still.

„Nimm —“ flüsterte sie und drehte sich zu ihm herum und umschlang ihn mit beiden Armen.

„Du bist verrückt!“ sagte er gezwungen.

„Und du bist feige!“ sagte sie.

Er suchte mit den Schultern.

„Liebst du mich denn?“ fragte er.

„Spürst du es nicht?“

„Du!“ drohte er.

Er nahm ihre Arme von seinem Hals und schleuderte das Mädchen Anna von sich.

„Dirne!“

„Strüppel!“

Sie sahen sich an, als würden sie sich aufeinanderstürzen. Liebe, Haß, Bosheit, Mißtrauen, Leidenschaft wühlten sich in ihre Körper. Dann stürzten sie aufeinander, ineinander. Sie bißten sich, küßten sich, stöhnten.

Bei dem Kampf lösterte sich der Verband. Ein Teil seines Gesichts wurde frei. Der Mann wunderte sich, daß der Körper des Mädchens erstarrte. Ihre Arme hingen schlaff herunter. Die Augen waren in kaltem Entsetzen auf ihn gerichtet. Ihre Lippen zuckten, brachten aber kein Wort heraus.

Da merkte er es und griff mit beiden Händen nach seinem Gesicht. Hastig ordnete er den Verband.

Das Mädchen lag immer noch wie leblos da.

Dann sah er, daß sie weinte.

Leise ging er aus dem Zimmer.

Peter Panter: 1372 Fahrräder

Ein Polizeipräsidium... das ist so ein muffiger Kasten mit langen Korridoren, mit unzähligen Türen, und alle Zimmer sind schlecht gelüftet, die Leute sind unfreundlich, und man ist froh, wenn man wieder draußen ist. Ausnahmen gibt es vielleicht. Eine Ausnahme gibt es sicher: das ist das Polizeipräsidium in Kopenhagen.

Ein bezauberndes Stück Architektur. Ein Riesengebäude, das zwölfeinhalb Millionen Kronen gekostet hat; sauber, sachlich, einfach und praktisch. Es hat einen kreisrunden Hof, der zum schönsten gehört, was man sich denken kann. Wenn, wie man mir erzählt hat, der Geist der Verwaltung ebenso ist wie diese Architektur... glückliches Dänemark!

Und in diesem Polizeipräsidium haben sie unten im Erdgeschoß die verlorenen Fahrräder eingesperrt. Da hängen sie, Kopenhagen, wie nämlich bekannt, ist die Stadt der Fahrräder; es soll Kopenhagener geben, die keines besitzen, aber das glaube ich nicht. Wenn die Kinder anderswo zur Welt kommen, schreiben sie — in Kopenhagen klingeln sie auf einer Fahrradklingel. So viele Fahrräder gibt es da.

Im Polizeipräsidium hängen 1372 Fahrräder, alle mit dem Kopf nach unten, wenn das nicht ungeeignet ist! Alte und junge,

Walter Anatole Perlich: Hamburg im Nebel

In diesen Wochen liegt die Handelsmetropole an der Elbe fast ständig in wallenden Nebelgebirgen. Nur London hat noch diesen gelben Dunst, der jeden Lichtschein schon auf zwanzig Schritt Entfernung verflucht — und an so einem Nebeltage hätte denn auch eine junge Dame in einer Parkanlage ihre Begegnung mit einigen Gentleman-Räubern. Sie wollten ihre die Handtasche entreißen. Das Mädchen, beherzt, hielt die Tasche fest und ließ sich auf Erörterungen ein. „Bitte“, sagte sie, „ich habe ganze fünf Mark bei mir. Gestern war ich nämlich auf dem Arbeitsamt. Hier ist meine Stempelkarte!“ — Da gaben die Herren Räuber ihr alles zurück, zogen den Hut und luden sie — zu einer Tasse Kaffee ein, um die Weltwirtschaftsfrage gemeinsam zu besprechen. Dem die Herren waren Kollegen: auch arbeitslos. Man hat von diesem Vorfall überall mit gleichem Geklatsch wie mit laudendem Gesicht gesprochen. Mag ein Ueberfall, so oder so, keine schöne Tat sein, die kleine Geschichte zeigt uns doch, daß die Ritterlichkeit noch längst nicht ausgestorben ist.

Jeder, so scheint es, ignoriert auf seine Weise die Polizeivorlesungen. Ueberfälle sind verboten und strafbar — wer gegen die Konzeptionsgesetze bei Lichtspielvorführungen verstößt, kann ebenfalls in Strafe genommen werden. Professor Piccard, der Stratosphärenfeld, ein Mensch von großem Humor, hielt auch in Hamburg seine Vorträge, begleitet von Lichtbildvorführungen. Ein großer Mieshaas brannten neben der Leinwand zwei starkterliche Bühnen weiter, als alles verdunkelt war. „Licht aus!“ schrie Piccard, mit seinem langen Erklärungstisch fuchtelnd, denn es ließ sich nicht leugnen, daß der Film unter Zwelicht litt. Aus dem Publikum rief einer zurück: „Nachtbeleuchtung — Polizeivorlesung!“ — „So“, sagte Piccard, „ich möchte die Polizei sehen, die mir ins Handwerk prüft“, nahm den Stoch und — klatsch, klir — zerflieg die Bühnlampen in Scherben. Dann konnte er seine Erklärungen ungehindert zu Ende führen. Er sah wirklich die Polizei nicht. Sie mag klug genug gewesen sein, sich zu sagen, daß man bei einem einmaligen wissenschaftlichen Vortrag mit anderen Nachtstücken messen muß als bei Unterhaltungsfilmen, die täglich zur Aufführung gelangen. Jedenfalls traf aber Piccard doch noch den Polizeileutnant wieder, der vor dem Vortrag die Sicherheitsbestimmungen in seinem Saale überprüft hatte. Der uniformierte Ordnungshalter prüfte im „Alfazar“ an der Reeperbahn die Sicherungsmethoden und wollte eben das Ballhaus verlassen, als Piccard eintrat. Höflich grüßend trat er zur Seite. „Ah, lieber Freund,“ sagte Piccard, „mir ist gerade der Unterschied zwischen uns beiden aufgefallen!“ — „Nanu, Herr Professor?“ — „Ach muß mich bezüglich in dünne Luft begeben,“ schmunzelte Piccard, „Sie in das Gegenteil.“ — Sie drückten sich die Hand und hatten sich verstanden. Piccard wollte natürlich noch einer Stunde schon schlafen gehen; da ihm jedoch andere Prominente vom „Alfazar“ erzählt hatten, interessierte ihn natürlich der dort platzierte „Weltreford der Technik des Vergnügens“. Auch er sah sich also das ganze Programm an und fand, wie er erklärte, die „heiterste Seite des Lebens“ behaglicher als die Stratosphärenbombe in ihren besten Momenten — und nicht weniger überaus reichhaltig. Die Rumbareoue soll ihn zu besonders intensiven Relativitätsbetrachtungen angeregt haben.

Doch nicht nur von außerhalb kommen die Originaler. Auch in Hamburg selbst wachsen welche. Man nennt sie „Kamütere“, weil

fröhliche und traurige, auch die Kinderabteilung: da hängt ein kleiner „Koller“, mit dem die Kinder spielen, und drei Motorräder sind auch da. Alles das wird monatlich einmal verauktioniert.

„Ja, holen sich denn die Leute ihre Räder nicht ab?“ — „Nein“, sagt der dicke Mann vom Präsidium, „viele nicht. Sie kaufen sich einfach ein neues. Ein Fahrrad, was ist denn das!“ In Kopenhagen scheint es den Wert eines Fahrradstahlers zu haben.

Die langen Räume des Polizeipräsidiums, in denen die Fahrräder hängen, erinnern an einen Hundezwinger. Verlaufsene Räder... ich rühre eines an, tsele dreht sich das Vorderrad... wem gehört du? Schade, daß Fahrräder nicht mit dem Schwanz wedeln können.

So ein Rad bringt nachher auf der Auktion nicht viel ein, zwanzig Kronen etwa. Dafür kann man es schon wieder verlieren. Wenn man es aber nicht verliert, dann fährt man damit, und in Kopenhagen kann man sich für sein Fahrrad Lust kaufen. Wie bitte? Lust kaufen, ganz richtig. Der Fahrradmann geht an eine automatische Pumpe, wirft fünf Dore hinein und pumpt sein Rad voll. Das trinkt und dann rollt es vergnügt weiter. So ein Land ist das.

Da hängen sie. Alle an langen Gestellen, und sie sind doch so verschieden voneinander. Manche sehen jorng aus, manche heiter, manche schlafen. Man mühte Anderen bitten, hier einen Nachmittags lang herumzugehen — was gäbe das für ein hübsches Märchen! Ob Fahrräder lebendige Junge bekommen?

Da hängen sie. Sauber und freundlich ist es, praktisch und vernünftig eingerichtet. Schade, daß in den Staaten der Welt nicht alles so gut funktioniert wie die Hundebüros. Es wäre eine Freude, zu leben. Hundert Meter weiter, im selben Haus, werden Menschen aufbewahrt: Untersuchungsgefangene. Und das sieht dann gleich ganz anders aus. Mit 1372 Fahrrädern ist eben leichter fertig zu werden als mit vier lebendigen Menschen.

Wenn Sie aber nach Kopenhagen kommen, dann veräumen Sie nicht, sich das Polizeipräsidium anzusehen. Man wird es Ihnen gern zeigen, und Sie werden an Paris denken müssen: an jene staubige Festung auf der Cite, wo geronnener Anglisthweis an den Wänden klebt, und wo man Ihnen einen Unterricht in französischer Unhöflichkeit gibt, einer sehr seltenen Sache, daher wird sie den Fremden auch zuerst gezeigt.

Ja, Kopenhagen... Ob Fahrräder schwimmen können? Es wäre ja denkbar, daß die 1372 eines Nachts ausbrechen, dann rollen sie mutterseelenallein durch die Stadt, an den Höfen, stürzen sich ins Wasser, durchschwimmen die See, von der ich nie lernen werde, wie sie heißt: Kattegat oder Großer Belt oder Kleiner Belt, und dann fahren sie dahin, nach dem Festland, wo sie gleich in eine politische Partei eingereiht werden. Am nächsten Morgen kommt der dicke Mann in den Fahrradzwinger, findet ihn leer und kratzt sich hinter den Ohren. Am Abend sind alle Fahrräder wieder da: es hat ihnen drüben nicht gefallen.

Das kann man keinem verdenken. Grüß Gott, Kopenhagen...!

Das Gehör der Eulen. Die Eulen haben ein vorzügliches Gehör, weil die Ohröffnung bei ihnen sehr weit und durch eine Hautfalte zu einer Art Ohrenschüssel umgebildet ist, die noch dadurch vergrößert ist, daß sie ringum von strahlenden Federn umgeben wird. Auf diese Weise können die Eulen möglichst viel Schallwellen auffangen.

Der Erfinder des Mikroskops ist der holländische Türhüter Anthony van Leeuwenhoek, Delst, der Mitte des 17. Jahrhunderts so viele seltsame Dinge durch seinen selbstzusammengestellten Apparat sah, daß seine Zeitgenossen über seine Berrücktheit nicht genügend lachen konnten.

sie sich mancherlei zusammenspinsteren und daraus die Konsequenzen der Tat ziehen. So empörte es einen Herrn R. R., daß die Sparkasse ihm nur 5 Prozent Zinsen zahlte, aber den Hypothekenschuldner 8 Prozent und eine Abschlußprovision abnahm. Er schrieb der Sparkasse einen Brief, daß er als Geldgeber — 500 Mark beträgt sein Guthaben — mit dieser Geschäftsführung nicht einverstanden sein könne und sofortige Abstellung verlange. Darauf wurde er eingeladen, zwecks erklärender Rückfrage einmal zur Sparkasse zu kommen. Man werde ihm gern alles auseinanderlegen. Herr R. R. jedoch schrieb zurück, er fordere hiermit einen der Direktoren auf, zu ihm zu kommen, und zwar nachmittags zur Testunde zwischen 17 und 18 Uhr, denn als Finanzier des Unternehmens könne er verlangen, daß man ihm in seiner Wohnung und zu einer von ihm bestimmten Zeit den verlangten Bericht erstatte, wie auch sich nach seinen Anweisungen richte! Nun hat die Sparkasse das abgelehnt, denn diese Forderung dürfte sich auf Grund der Satzungen, die ja jeder Sporer kennen muß, nicht rechtfertigen lassen, und hat ihm nahegelegt, sein Guthaben zurückzunehmen. Das paßt Herrn R. R. auch nicht — er soll die Absicht haben, bis zur höchsten Instanz sein nach seiner Meinung bestehendes Recht zu verfechten.

Weniger schön ist die neue Giltgasajäre im Industrieviertel Rothenburgsort. Dort sind eine Anzahl Arbeiter in einer Werkstatt ertrunkt, die einer Metallschmelze gegenüber liegt. Beim Metallschmelzen werden mancherlei Gase frei, die bisher immer gasförmig entwichen sind. Jetzt, bei dem trübenden Nebel und eigenartigen Wind, müssen bisher unbekannte oder wenigstens nicht identifizierte Gase den Weg in die gegenüberliegende Werkstatt gefunden und die Arbeiter vergiftet haben. Sie liegen alle daneben, mancher glücklicherweise nur leicht vergiftet, und inzwischen arbeitet man fieberhaft, um den Fall zu klären, was darum nicht leicht ist, weil das spezifische Gewicht der Luft, der Nebel mit der relativen Feuchtigkeit und genau der gleiche Wind wieder wie am Unglückstage aufzutreten müßte, um wirklich zuverlässige Schlüsse zu ziehen.

Sensationen sucht man auch in der Elbe — sie sind nicht leicht zu finden, und darum ist ein Ballhaus auf die Idee gekommen, sich den Dyanstlegger Johansen zu verpflichten, der nun jede Nacht, etwa zwei Stunden nach Mitternacht, im Tanzlokal Hauptfeld ein: Reneue seiner Unglücksfahrt über den Dyan und seiner glücklichen Rettung ist. Diese neue Art von Varietelaufbahn scheint der Schlüsselstein im Ruhme mancher Tagesgröße zu sein, denn wie viele, von denen ein paar Wochen lang überall gesprochen wurde, haben sie schon versucht — eigentlich immer mit einem schon nach wenigen Monaten sichtbaren Mißerfolg. Es interessiert sich in dieser schnelllebigen Zeit niemand länger als 14 Tage für ein im Anfang, ach, so „weltbewegendes“ Ereignis. Soll man darum trauern? In der Geschichte der Weltgeschichte werden die meist schon aus Abenteuerlust begonnenen Retorberfuche gar nicht breiten Raum einnehmen. Wir haben andere Sorgen — und es scheint auch, als suchte das Publikum andere Arten von Unterhaltung. Die immer wieder verfluchte Darstellung von Natur- oder Leidenskatastrophen vermindert eher das gesunde Vergnügen, als daß es die Bäume erhöht. Und ein hübschen gut Laune hat ja jeder so nötig.

Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbau!

Sozialdemokratische Gesetzesentwürfe im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute zwei Gesetzesentwürfe über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues, sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer im Reichstag eingebracht.

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist größer denn je. Die Zahl der Erwerbslosen hat 6 Millionen überschritten. Aus dem Rückgang der Ausfuhr, der trotz der wiederholten Lohnsenkung bereits eingeleitet hat, droht weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Infolge der Zwangseingriffe am Kapitalmarkt ist die innerdeutsche Kapitalbildung mangelhafter denn je, während gleichzeitig die Kapitalflucht trotz schärfster Gegenmaßnahmen nicht zum Stillstand gebracht werden kann. Am schlimmsten ist die Situation im Baugewerbe. Während wir 1930 noch über 300 000 Wohnungen gebaut haben, sind 1931 nur noch 200 000 errichtet worden. Im Jahre 1932 aber muß die Wohnungsbauaktivität gänzlich zum Erliegen kommen, weil weder private noch öffentliche Mittel zur Verfügung stehen. Schon im Jahre 1931 waren durchschnittlich 68 Proz. aller Bauarbeiter erwerbslos, und gegenwärtig beträgt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sogar 90 Proz. und mehr. Dazu kommt, daß auch die öffentliche Hand wegen der verschärften Finanznot nicht mehr bauen kann und die Errichtung von Verwaltungsneubauten durch die Notverordnung ausdrücklich untersagt worden ist. Andererseits ist der Bedarf an Kleinwohnungen zu erschwerenden Mietern nach wie vor groß. Die Tatsache, daß einige teure Neubauwohnungen und eine größere Anzahl großer Wohnungen zur Zeit leer stehen, ist von den Gegnern des öffentlichen Wohnungsbaues dahin aufgefaßt worden, als ob wir überhaupt keinen Bedarf an Neubauwohnungen mehr haben.

In Wahrheit muß man unter normalen Verhältnissen noch auf Jahre damit rechnen, daß in Deutschland jährlich 250 000 neue Wohnungen gebraucht werden, weil so viel jährliche Eheschließungen zu erwarten sind.

Nur während der Dauer der Krise wird dieser Wohnungsbedarf nicht in vollem Umfange fühlbar, weil die Eheschließungen wegen der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse stark eingeschränkt werden. Damit wird aber der Wohnungsbedarf nicht aufgehoben, sondern nur aufgestaut und, sobald die Krise vorübergeht, muß er sich in doppeltem Maße bemerkbar machen. Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus sind also zwei Fragen, die aufs engste miteinander zusammenhängen und die mit größtmöglicher Beschleunigung gelöst werden müssen, wenn nicht eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise eintreten soll.

Diesem Ziel dienen die sozialdemokratischen Gesetzesentwürfe. Es kann nur erreicht werden, wenn die Mittel zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und der Bautätigkeit sofort bereitgestellt werden. Die Erdrosselung des öffentlichen Wohnungsbaues ist eingetreten, weil die Regierung während der Hauszinssteuer abgebaut und den Hausbesitzern Milliarden an Steuererlösen in Aussicht gestellt hat. Durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 wird die Hauszinssteuer vom 1. April ab um 20 Proz. gesenkt. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat angeordnet, daß die Hauszinssteuer vom 1. April 1932 und vom 1. April 1933 ab jeweils um weitere 25 Proz. abgebaut werden und daß sie vom 1. April 1934 ab überhaupt in Fortfall kommen soll.

Die Sozialdemokratie ist die schärfste Gegnerin dieses Abbaues der Hauszinssteuer, der den Hausbesitzern in einer Zeit größter Finanznot ungeheure Sonderprofite ermöglichen würde. Es geht aber nicht an, die Senkung der Hauszinssteuer um 20 Proz. vom 1. April dieses Jahres ab einfach wieder rückgängig zu machen. Denn wir haben inzwischen die zehnprozentige Mietenkämpfung bekommen, und die Hausbesitzer brauchen in der Regel die Ermäßigung der Hauszinssteuer, um die Mietenkämpfung tragen zu können. Infolgedessen schlägt die Sozialdemokratie in ihrem Gesetzesentwurf über die Umgestaltung der Hauszinssteuer vor,

die Hauszinssteuer auf eine völlig neue Grundlage zu stellen.

Die jetzige Hauszinssteuerbelastung soll in eine öffentliche Rentenschuld umgewandelt werden. Die Rentenschuld soll 20 Jahre laufen und kann innerhalb dieser Zeit durch Zahlung eines entsprechenden Kapitalbetrages abgelöst werden. Durch genaue Anpassung der Rentenschuld an den Gewinn, den der einzelne Hausbesitzer durch die Inflation gemacht hat, soll ein höheres Aufkommen als bei der Hauszinssteuer erzielt werden, ohne daß eine allgemeine Mehrbelastung der Hausbesitzer eintritt. Um die kleinen Hausbesitzer zu schonen, ist bestimmt, daß die Häuser bis zu 3000 M. Friedenswert von der Rentenschuld vollständig befreit werden, während bei den Grundstücken bis zu 10 000 M. Marktwert jegliche Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustande ausgeschlossen werden soll. Selbstverständlich sind für die Erwerbslosen dieselben Vergünstigungen vorzusehen wie bisher und ebenso soll für die leerstehenden Wohnräume wie bisher ein Erlaß der Rentenschuld erfolgen.

Auf diese Weise wird erreicht, daß auch im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Mittel für den Wohnungsbau verwendet werden können. Über diese öffentlichen Mittel

reichen nicht aus, um angesichts des völligen Daniederliegens des privaten Kapitalmarktes die Bautätigkeit genügend in Gang zu bringen. Deshalb sieht der sozialdemokratische Gesetzesentwurf über Arbeitsbeschaffung vor, daß weitere Mittel für den Wohnungsbau durch

Auflegung einer Reichsanleihe für Arbeitsbeschaffung

stiftung gemacht werden sollen. Diese Reichsanleihe soll so gestaltet werden, daß sie insbesondere geeignet ist, das in großem Maße gehamsterter Bargeld aus den Sparstrümpfen wieder herauszulösen und wieder für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Von ihrem Ertrage sollen zwei Drittel für den Wohnungsbau, der Rest für andere öffentliche Bauten, insbesondere für Straßenbauten usw. verwendet werden. Die Fraktion wird den Gesetzesentwurf in den nächsten Tagen ebenfalls im Reichstag einbringen.

Diese beiden Gesetzesentwürfe der Sozialdemokratie, die bis in alle technischen Einzelheiten ausgearbeitet sind, stellen gesetzgeberische Vorarbeiten von weittragender Bedeutung dar. Sie weisen einen Weg zur Arbeitsbeschaffung, der sofort gangbar ist. Dabei werden keinerlei Inflation- und Kreditexperimente gemacht, die im Ergebnis der Arbeiterklasse nur Schaden und nicht Nutzen würden. Ebenso wenig werden utopische und wirtschaftsvernichtende Steuerpläne entworfen, mit denen die Kommunisten die breiten Massen einzulangen versuchen. Der Reichstag wird durch die beiden Gesetzesentwürfe vor eine bedeutungsvolle Entscheidung gestellt: Wenn er verhindern will, daß die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt und das Wirtschaftsleben vollends zusammenbricht, dann muß er diese Entwürfe mit größter Beschleunigung annehmen.

Hapag und Lloyd sanierungsreif?

Geheime Subventionen für die Schiffahrtskonzerne.

Wie die Öffentlichkeit erst jetzt erfährt, mußte das Reich über die Reichskreditgesellschaft den großen Schiffahrtskonzernen um die Jahreswende mit einem Kredit von insgesamt 20 Millionen Mark heilspringen. Hiervon erhielten Hapag und Lloyd je 8 Millionen Mark, die anderen Reedereien 4 Millionen. Diese Hilfsleistung mußte gewährt werden, um Kassenengpässe der Großreedereien zu überwinden. Es muß zunächst allerhöchste Bestanden hervorgerufen, daß von dieser großen neuen Subvention unter Staatsgarantie die Öffentlichkeit erst zwei Monate später zufällig Kenntnis erhielt. Der Reichsfinanzminister hatte bereits im Herbst vorigen Jahres eigenmächtig die Reedereien von der Industrielage (für Reparationen) befreit und auf diese Weise mit einer jährlichen Subvention von 1½ Millionen Mark bedacht. Auch in diesem Falle ist eine Informierung der Öffentlichkeit nicht für notwendig erachtet worden. Mit aller Entschiedenheit muß gegen diese unerhörte geheime Subventionierung auf dem Verwaltungswege Verwahrung eingelegt werden. Wenn das Reich zur Stützung von Großunternehmen in ihrer Höhe und in ihrem Risiko kaum absehbare Garantien und Kredite übernimmt, für die letztlich ja die Allgemeinheit, das heißt der Steuerzahler haftet, so ist es das mindeste, daß hierüber die Öffentlichkeit rechtzeitig informiert wird.

Es wird versichert, daß diese Kredite zunächst nur als Leberbrückungskredite gegeben wurden und am 1. April d. J. zurückgezahlt werden sollen. Die „Frankfurter Zeitung“ meint hierzu mit Recht, daß angesichts der zugespitzten finanziellen Situation der Konzerne kaum eine Möglichkeit besteht, daß die Reedereien den Reichskredit zurückzahlen können.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen?

Hapag und Lloyd haben an sich in der Wiederaufbauperiode der deutschen Wirtschaft einen erstaunlichen Aufstieg genommen. Diese Entwicklung ist in erster Reihe durch die reichlichen Entschädigungsbeträge des Staates zum Wiederaufbau der Handelsflotte und durch die Ausdehnung des Fracht- und Passagierverkehrs in der Prosperitätsperiode begünstigt worden. Die Schiffahrtskonzerne haben aber in dieser Periode das Augenmaß verloren und eine übermäßige Expansionspolitik durch unentwegte Neubauen und Angleidungen betrieben.

Wahrscheinlich in den beiden Jahren 1929 und 1930 erhöhte sich das Schiffkonto der beiden Großreedereien um fast eine Viertel-milliarde Mark. Es wird zwar immer wieder von Nach-Lloyd behauptet, daß die beiden Rekorfschiffe „Europa“ und „Bremer“ bisher mit Leberbrücken arbeiteten und einen Preisgewinn für die deutsche Schiffahrt brachten. Die weiteren Rentabilitätsausichten für diese Luxusfahrzeuge sind aber alles weniger als günstig, die zwischen ein Betrüben um das „Blaue Band des Ozeans“ eingeleitet hat und in kürzester Zeit englische, französische und italienische Rekorfschiffe gleichen Kalibers mit den Nord-Lloyd-Dampfern um den Amerikaverkehr konkurrieren werden.

Zudem hier aber erweist es sich als verhängnisvoll, daß das übermäßige Neubauprogramm, aber auch die Angleidung (Wiederaufbau des Hamburg-Süd-Aktienpakets durch Nord-Lloyd — die Begleitumstände dieser Aktion hat die Öffentlichkeit mit Recht als eine sehr peinliche Nord-Lloyd-Affäre empfunden) mit kurzfristigen Krediten finanziert wurde.

Nach in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Angaben belaufen sich die Bankverpflichtungen der Hapag auf fast 100 Millionen Mark.

In der Nord-Lloyd-Bilanz von 1930 wurden 75 Mill. Mark kurzfristige Verpflichtungen ausgewiesen, hauptsächlich Auslandskredite. In dieser labilen Situation sind die Großreedereien in die Krise hineingekommen. Der Frachtverkehr ist stark zurückgegangen, noch stärker sind die Frachterträge abgefallen. Die Personendeförderung von Hapag und Nord-Lloyd ist im letzten Jahr auf 220 000 Passagiere gegenüber 300 000 im Vorjahr gesunken. Dazu kommt noch die Umwanderung auf die billigeren Schiffsklassen. Es

hat sich so eine große Leberbrücke herausgebildet, die Einnahmen sind gesunken; dagegen blieben die hohen Schiffunkosten (allein Abschreibungen rund 50 Mill. Mark bei Hapag-Lloyd) und der hohe Zinsendienst weiter bestehen. Die Verwaltungs-kostenersparnis war verhältnismäßig gering. Der bisherige Gemeinschaftsvertrag bezog sich im wesentlichen nur auf die Gewinnverteilung, es bestand aber keinerlei wirkliche Gemeinschaftsarbeit, der innere Konkurrenzkampf ging fort.

Im Jahre 1930 konnte die schwierige Situation noch durch den Strom der Freigabegelder, aus dem die Dividenden bestritten wurden, verdeckt werden. Dieser Strom ist indessen versiegt. Die Freigaberaten wurden von Amerika aus einem besonderen Fonds bestritten, der aus den direkten Reparationszahlungen Deutschlands an Amerika ausgefüllt wurde. Da durch das Hoover-Freijahr alle deutschen Zahlungen in Fortfall gekommen sind, ist zunächst auch die Auszahlung der Freigabegelder unterbrochen.

Wie dieser Leberbrück zeigt, ist die übermäßige Expansion der Schiffahrtskonzerne an der kritischen Woge in hohem Maße schuld.

Zur Bereinigung erscheint eine umfassende Reorganisation erforderlich.

Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, hat die lose Interessengemeinschaft von Hapag und Lloyd sich nicht günstig ausgewirkt. Wahrscheinlich wird man nur auf dem Wege der Konsolidation und eines Abbaues des übermäßigen Verwaltungsapparats, insbesondere in der Spitze, und durch eine wirklich enge Gemeinschaftsarbeit der sehr ersten Schwierigkeiten Herr werden können.

Es ist aber unbedingte Pflicht der Regierung, nachdem sie einmal mit so beträchtlichen Mitteln beigeprungen ist, sich einen Einfluß auf diese Entwicklung zu sichern und durch Einwirkung und Kontrolle die Bereinigung zu beschleunigen. Wenn die Vermutung zutrifft, daß die Reedereien den Leberbrückungskredit nicht zurückzahlen können, so muß dem Reich auch kapitalmäßig der entsprechende Einfluß gesichert werden.

Warum der Maulkorb?

Wieder amtliche Börse, aber Verbot der Kursveröffentlichung

Der preussische Handelsminister hat den Börsenordnungen gestern mitgeteilt, — wir berichteten darüber schon kurz — daß gegen die Wiedereröffnung der Börse keine Bedenken mehr bestehen. Die Entscheidung über die Börsenöffnung liegt jetzt bei den einzelnen Börsenordnungen, und man erwartet spätestens zum 1. März die Öffnung der Börsen für das Publikum.

Die Aufsichtsbehörden glauben, daß Angebot von Kapital und Nachfrage nach Wertpapieren jetzt wieder in einem ausgleichbaren Zustande sich befinden. Sie glauben ferner, daß das Publikum den Schutz eines geordneten und staatlich beaufsichtigten Wertpapiermarktes nötig hat. Darum wieder amtliche Börse.

Es ist verständlich, daß man in einem Punkte den Börsenverkehr beschränkt hat. Bei den Banken liegen als Deckung für gewährte Kredite sehr große Wertpapierbestände, und das Interesse der Banken ist begreiflich, sich durch den Verkauf der Effekten Geld zu machen. Dieser Verkauf bleibt vorläufig verboten; man will später diese sogenannten Exekutionen systematisch und planmäßig durchführen.

Absolet unverständlich aber ist die Tatsache, daß trotz der Wiedereröffnung der amtlichen Börse an Stelle des bisherigen privaten Handels von Bank zu Bank die Veröffentlichung der Kurse verboten bleibt. Es darf zwar über die Tendenz in der Presse berichtet werden, so wie es in den letzten Monaten schon geschah, Kurse dürfen aber nicht genannt werden. Warum gerade das nicht geschehen soll, nachdem gegenwärtig jeder Bankkunde bei seiner Bank die Entwicklung der Kurse tagtäglich einsehen kann, ist wahrlich ein Geheimnis der Behörden. Ob Kurse veröffentlicht werden oder nicht, ist mehr als eine Angelegenheit Büro-

Einer von Tausenden....

Er rauchte Lande-Auslese, als sie noch 5 Pfg. kostete — er beobachtete neugierig ihre Qualität, als ihr Preis auf 4 Pfg. gesenkt wurde. Lande-Auslese behielt das köstlich-reine Aroma, das er liebte. Er blieb bei Lande-Auslese — und sparte. — In jeder Schachtel eine Seidenstickerei.



Zigaretten, köstlich bis zum letzten Zug

Etwas Besonderes für 5 Pfg. • Lande Preis mit Gold • Lande Ohne (ohne Mundstück)



trastischen Ermessens der Behörden. Es ist eine außerordentlich ernste Angelegenheit des Vertrauens, denn das Publikum wird immer hinter dem Vorbehalt der Kursveröffentlichung...

Die Notenbankreform in USA. Das Repräsentantenhaus hat das Gesetz schon angenommen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat nach dreistündiger und erregter Debatte mit der überwältigenden Mehrheit von 350 gegen 15 Stimmen die sogenannte Steagall-Glax-Bill angenommen...

Die Durchführung des Gedankens, durch eine Mobilisierung der Banken zugleich das Mißtrauen der Bankensieger wie auch die wirtschaftlichen Schrumpfungsercheinungen der Deflation zu bekämpfen...

Staatssekretär Krüger über „Dilhilfe“. Ueber das Thema „Dilhilfe“ wird am Donnerstag, den 16. Februar, 8 Uhr abends, im Hörsaal 10 der Landwirtschaftlichen Hochschule...

Frankreich hat den 15prozentigen Zoll auf englische Kohle wieder aufgehoben, wie der englische Handelsminister mitteilt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind bei den Parteisekretariaten in Berlin SW 68, Lindenstraße 2, oder in der Parteizentrale, L. Deh, 1. Etagen rechts, zu richten.

Vereinigung sozialdemokratischer Juristen.

- 1. Kreis, Deute, Mittwoch, 17. Februar, 10 1/2 Uhr, im Krematorium... 2. Kreis, Donnerstag, 18. Februar, 10 1/2 Uhr, Zusammenkunft... 3. Kreis, Freitag, 19. Februar, 10 1/2 Uhr, Sitzung des gesamten Kreisverbandes...

Frauenvereinigungen.

- 12. Kd. Mittwoch, 17. Februar, bei Schmidt, Schloßstr. 17. „Frauen im Kampf gegen die Kri.“ Referent: Helena Reichardt. 17. Kd. Mittwoch, 17. Februar, 20 Uhr, bei Schlegel, Barbarastr. 54. „Kampfbild 1892 und die Aufgaben der Frauen.“ Referent: Hans Bauer.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 14. Kreis, Kd. Freitag, 19. Februar, 10 1/2 Uhr, Rathaus, Schöneberg, Sitzung des Bez. Ausch. für Arbeiterwohlfahrt. 17. Kd. Freitag, 19. Februar, 20 Uhr, Reichensdorf-Str. 11, bei Schlegel, Sitzung des Arbeiterwohlfahrtsbez. Die Genossen des öffentlichen Wohlfahrt beteiligen sich daran.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Mittw. Deute, Freitag, 17. Februar, 10 1/2 Uhr, im Krematorium, Zimmer 10, im 1. Stock, bei Schmidt, Schloßstr. 17, 10 1/2 Uhr, im Krematorium, Zimmer 10, im 1. Stock, bei Schmidt, Schloßstr. 17, 10 1/2 Uhr, im Krematorium, Zimmer 10, im 1. Stock, bei Schmidt, Schloßstr. 17.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

- 27. Kd. Unter Genossin August Selge, Schloßstr. 17, 10 1/2 Uhr, im Krematorium, Zimmer 10, im 1. Stock, bei Schmidt, Schloßstr. 17. 28. Kd. Unter Genossin August Selge, Schloßstr. 17, 10 1/2 Uhr, im Krematorium, Zimmer 10, im 1. Stock, bei Schmidt, Schloßstr. 17.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, oder in 1. Etagen rechts.

Heute, Mittwoch, 17. Februar, 19 1/2 Uhr:

Gefundenes II. Seite 64. Einladungen zur Generalversammlung. 64. Kd. Freitag, 19. Februar, 10 1/2 Uhr, im Krematorium, Zimmer 10, im 1. Stock, bei Schmidt, Schloßstr. 17.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater, Mittwoch, den 17. Februar. Staatsoper Unter den Linden 20 Uhr. Madame Butterfly. Schiller-Theater Charlottenburg 20 Uhr. Die göttliche Jette.

Metropoli-Theater, Täglich 8 1/2 Uhr. Ein Lied der Liebe. Volkspühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr. Fahrmann Henschel.

Deutsches Theater, Täglich 8 1/2 Uhr. Die göttliche Jette. Berliner Theater, Charlottenstr. 90-92. Täglich 8 1/2 Uhr. Desdemona d. Volkspühne.

ALLIANCE FRANCAISE, 101, Boulevard Raspail, PARIS. Schule zur praktischen Erlernung der Französischen Sprache.

Winter Garten, 115 Uhr, Flora 3434. Einmalig! Exter-Familie „Casé“.

GR. SCHAUSPIELHAUS TAGL. 8 U. Hoffmanns Erzählungen.

CASINO-THEATER, 11 Uhr. Ehan von heute.

Reichshallen-Theater, Dönhofsplatz. 8 Uhr. Sonntags 9 1/2 Uhr zu kleinen Preisen. Stettiner Sänger.

Restaurants, Restaurant Berlins, KEMPINSKI.

NEUE WELT, Arnold Scho 2. 11-12 Uhr. Einmalig! Boss heute 108-14. Eitelagi. Großes Bockbierfest.

Hermann Korthe, im Alter von 66 Jahren. Die Frauenerbeiner findet statt am Donnerstag, dem 18. Februar, abends 7 Uhr, im Krematorium.

Friedrich Döring, geb. 15. Juli 1861, am 12. Februar erkrankt. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 17. Februar, 19 1/2 Uhr, am Reichensdorf-Str. 11, im Krematorium.

Emil Radetzky, geb. 27. April 1865. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. Februar, 19 1/2 Uhr, im Krematorium.

Käthe, im 20. Lebensjahr am 14. Februar nach langem, schwerem Leiden im Alter von 18 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. Februar, 19 1/2 Uhr, im Krematorium.

Willi Röhnsch, gegen mir allen Verwandten, Bekannten sowie der G.D.D. im Alter von 108 Jahren am 10. Februar im Alter von 108 Jahren nach langem, schwerem Leiden im Alter von 108 Jahren.

Der gute Kapitän, Kaufabak, C. Böcker, Berlin. Unter den Eichenstr. 22, Köpenick 3, 3501.

Hermann Zettlitz, im Alter von 64 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. Februar, abends 7 Uhr, im Krematorium.

Friedrich Döring, geb. 15. Juli 1861, am 12. Februar erkrankt. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 17. Februar, 19 1/2 Uhr, am Reichensdorf-Str. 11, im Krematorium.

Emil Radetzky, geb. 27. April 1865. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. Februar, 19 1/2 Uhr, im Krematorium.

Käthe, im 20. Lebensjahr am 14. Februar nach langem, schwerem Leiden im Alter von 18 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 18. Februar, 19 1/2 Uhr, im Krematorium.

Willi Röhnsch, gegen mir allen Verwandten, Bekannten sowie der G.D.D. im Alter von 108 Jahren am 10. Februar im Alter von 108 Jahren nach langem, schwerem Leiden im Alter von 108 Jahren.

Der gute Kapitän, Kaufabak, C. Böcker, Berlin. Unter den Eichenstr. 22, Köpenick 3, 3501.

KLEINE ANZEIGEN. Jedes Wort 15 Pf. Annahme durch den Ver. ag. Lindenstr. 2.

Verkaufe, Kaufgesuche. Dofen, über 100 Liter, in bester Ausführung.

Ver-mietungen, Wohnungen. 21. Unter den Eichenstr. 22, Köpenick 3, 3501.

Möbel, Musikinstrumente. 21. Unter den Eichenstr. 22, Köpenick 3, 3501.

Radio, Tierschutz. 21. Unter den Eichenstr. 22, Köpenick 3, 3501.

Arbeitsmarkt. 21. Unter den Eichenstr. 22, Köpenick 3, 3501.